

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt**

62. Sitzung  
9. September 2015

Beginn: 11.02 Uhr  
Schluss: 13.50 Uhr  
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Keine Wortmeldungen.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 17/2400  
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017  
(Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)**  
Hier: Einzelplan 12, Kapitel 12 10 – 12 20 und  
12 80 – 12 91  
– Vorabüberweisung –  
  
– 1. Lesung –

[0263](#)  
StadtUm  
Haupt(f)

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** erläutert die Verfahrensregeln für die anstehenden Haushaltsberatungen des Fachausschusses.

**Philipp Magalski (PIRATEN)** bittet, die Redezeit pro Fraktion auf 7 Minuten zu erhöhen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** sagt zu, die Redezeitbegrenzung großzügig zu handhaben.

**Antje Kapek (GRÜNE)** regt an, in der 2. Lesung auch Änderungsanträge zu Titeln zuzulassen, die in der 1. Lesung nicht zurückgestellt würden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** spricht sich gegen diese Anregung aus.

**Ellen Haußdörfer (SPD)** unterstützt das Ansinnen von Frau Kapek. Sie schläge vor, pro forma alle in der Synopse enthaltenen Titel zur 2. Lesung zurückzustellen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, dass damit alle in der Synopse und in der Tischvorlage der Grünen enthaltenen Titel zur 2. Lesung zurückgestellt seien.

### Generalaussprache

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm)** stellt fest, dass die wachsende Stadt nicht nur Ergänzungsbedarf in den Gebieten Bauen und Wohnen erforderlich mache, sondern auch in den Gebieten Grün, Stadtplanung und Umwelt.

Ein Teil der Mehrausgaben seiner Verwaltung werde durch Zuwächse bei den Einnahmen ausgeglichen. Die Investitionen im Einzelplan 12 stiegen im Jahr 2016 um 80 Millionen Euro und um knapp 140 Millionen Euro im Jahr 2017. Insgesamt stiegen die Ausgaben um 140 Millionen Euro im Jahr 2016 bzw. um 213 Millionen Euro im Jahr 2017. Auch die sächlichen Verwaltungsausgaben stiegen an, aber dabei handele es sich vor allem um Dienstleistungsmittel für Aufträge an Dritte. Dieser Aufwuchs sei angesichts der anstehenden Aufgaben zwingend erforderlich.

Bei den eigenen Baumaßnahmen gebe es Aufwüchse von 30 bzw. 40 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren. In den Folgejahren sei eine weitere Steigerung geplant.

Im Bereich Gestaltung der Freiräume seien die IGA, die Strategie Stadtlandschaften, die Finanzierung der Stiftung Naturschutz, Grün Berlin und die Berliner Forsten von zentraler Bedeutung.

Im Bereich Städtebau und Projekte stünden der Dialog Historische Mitte, andere partizipative Dialoge, z. B. zum Flughafengelände Tempelhof, und die Weiterentwicklung des Parlaments- und Regierungsviertels im Mittelpunkt.

Im Bereich Umwelt gehe es insbesondere um die Wasserrahmenrichtlinie, den Umbau von Wasserwegen, das Grundwasser, die Schließung des Reaktors am Hahn-Meitner-Institut, Boden- und Grundwasserverunreinigungen, Gewässergütemaßnahmen, die Sicherung des

freiwilligen ökologischen Jahrs und die Umsetzung des BENE-Programms. Im neuen Kapitel 2920 – Kommunalinvestitionsprogramm – seien Mittel zur Lärminderung im Straßenland veranschlagt.

Die Themen Klimaschutz und Energie würden vor dem Hintergrund der Rekommunalisierung der Netze betrachtet. Das Land müsse weiter bieter- und angebotsfähig bleiben. Da das Gasverfahren noch laufe, müsse alles so vorbereitet werden, dass die Übernahme des Netzbetriebs möglich sei. Das gelte in ähnlicher Form auch für das Stromverfahren. Das Problem sei hier, dass sich das Land auf mehrere Varianten einstellen müsse. Das werde in einem gesonderten Bericht genauer dargestellt.

Ungeachtet dieser Schwerpunktsetzungen und der Herausforderungen in den Bereichen Mieten, Wohnen und Flüchtlinge müsse Berlin eine lebenswerte Stadt mit einer qualitativ hochwertigen Umwelt bleiben. Aus seiner Sicht biete der Haushalt dafür eine gute Grundlage.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) konstatiert, dass die zusätzlichen Mittel sach- und nutzerorientiert ausgegeben würden. Das zeige sich an vielen kleinen Projekten. Die wachsende Stadt ziehe nicht nur einen Neubau-, sondern auch einen erhöhten Stadt- und Freiraumplanungsbedarf nach sich.

Sie begrüße auch, dass im Denkmalschutz Schwerpunkte gesetzt worden seien. Insbesondere das archäologische Zentrum am Petriplatz liege der SPD-Fraktion am Herzen.

Im Bereich Stadtentwicklung sei das Dialogverfahren zur historischen Mitte von besonderer Bedeutung. Im November dürfe es nicht abgeschlossen werden, sondern müsse weitergeführt werden. Auch anderswo sei Bürgerbeteiligung sinnvoll.

Die Nachnutzung von Tegel und Tempelhof und die IGA seien ebenfalls wichtige Themen.

Vor dem Hintergrund des Erfolg Berlins bei den nationalen Projekten des Städtebaus und der Rahmenstrategie soziale Stadtentwicklung sei es angezeigt, die Sozialraumorientierung zu stärken.

Neben den großen Projekten seien auch die kleinen, wie das Stadtplatzprogramm, von großer Wichtigkeit.

Auch die Personalentwicklung dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

**Daniel Buchholz** (SPD) betont, dass der SPD die Aspekte Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz wichtig seien. Das spiegele sich im Haushalt wieder.

Für den Verbundnetzbetreiber Berlin-Energie/Stadtwerke sei ein sehr hoher Bürgerschaftsrahmen im Haushalt vorgesehen. Auch die Mittel, die für die Übernahme des Gas- und Stromnetzes erforderlich seien, seien eingeplant. Er hoffe, dass dieses Ziel erreicht werde.

Berlin müsse sich an den Klimawandel anpassen, indem der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert werde. Das geschehe u. a. mit dem Mischwaldprogramm, das in den Berliner Forsten aufgelegt worden sei. Es sei sinnvoll, dieses auszubauen.

Die Waldschularbeit und die Waldspielplätze müssten gestärkt werden.

Es sei ein Erfolg, dass der Senat die 300 Plätze im freiwilligen ökologischen Jahr von sich aus vorgesehen habe. Könnten noch mehr Plätze bereitgestellt werden, auch wenn die EU-Kofinanzierung aufgebraucht sei?

Die Arbeit der Stiftung Naturschutz solle auf eine noch professionellere Grundlage gestellt werden. Das sei im Haushalt berücksichtigt worden.

Der Umweltverbund sei zwar eigentlich ein Verkehrsthema, sei aber aus umweltpolitischer Sicht zu unterstützen. Dabei müsse beachtet werden, dass zum Ausgeben der zusätzlichen Mittel auch das erforderliche Personal zur Verfügung stehe.

Lärmminderungsprogramme und -aktionspläne müssten umgesetzt werden. Eventuell müsse das Schallschutzfensterprogramm noch verstärkt werden.

**Stefan Evers** (CDU) geht davon aus, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sich den Herausforderungen der wachsenden Stadt mehr stellen müsse als andere Senatsverwaltungen. Allerdings gehe es nicht nur um Bevölkerungswachstum, sondern auch um Wirtschaftswachstum. Die Stadt solle nicht nur wachsen, sondern auch weiterhin gemischt, sozial und grün sein. Das Miteinander dürfe nicht verlorengehen. Bürgerbeteiligung und Partizipation seien wichtig.

Ein wichtiger Aspekt sei der Ausbau Berlins als smarte Stadt. Es gebe bereits eine Reihe von Leuchtturmprojekten. Er hoffe, dass es Berlin gelinge, im Jahr 2030 die führende smart city in Europa zu sein.

Berlin sei auch eine historische Stadt, nicht nur in der historischen Mitte. Der Denkmalschutz sei von Bedeutung. Zeitschichten, die beispielsweise durch das Hansaviertel oder die Karl-Marx-Straße repräsentiert würden, dürften nicht vergessen werden.

**Danny Freymark** (CDU) begrüßt, dass künftig mehr Mittel für die Stiftung Naturschutz zur Verfügung stünden. Dadurch könne die Arbeitsfähigkeit verbessert werden. Der Naturschutzpreis sei wichtig für Berlin und müsse regelmäßig verliehen werden.

Erfreulich sei auch, dass es Fortschritte bei den Waldschulen gebe. Dort würden Klimaschutz, Umweltpolitik und Nachhaltigkeit zu gelebter Praxis.

Dem Projekt Flussbad sei von der nationalen Städtebauförderung bereits eine Förderung zugesagt worden. Umso bedauerlicher sei es, dass der Weiterbetrieb der Pilotanlage „Spree 2011“ nicht gesichert sei.

Er setze sich nach wie vor dafür ein, 10 000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin zu pflanzen. Gegebenenfalls müsse dieses Ziel finanziell unterlegt werden.

Jeder Schüler solle einmal jährlich die Möglichkeit haben, einen sog. grünen Lernort zu besuchen. Das dies geschehe, sei im Rahmen der Globalsummen mit den Bezirken verabredet. Allerdings hielten sich die Bezirke nicht an diese Verabredung. Die Gartenarbeitsschulen erhielten nicht die erforderlichen Mittel. Wie könne diese Situation verbessert werden?

**Antje Kapek** (GRÜNE) äußert sich positiv zur Verstärkung des Einzelplans 12. Allerdings erwarte sie eine klare Prioritätensetzung im Sinne einer wachsenden, sicher verändernden und verdichtenden Stadt. Das sei bisher zumeist nicht der Fall.

Es habe in den letzten Jahren drei Volksentscheide gegeben, die die Koalition zu deutlichen Kurswechseln gezwungen habe. Letztlich hätten sie aber nur zu einem „Bonsaistadtwerk“ geführt. Sie vermisse Windräder, Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, ein Programm zur energetischen Sanierung von Gebäuden usw. Trotz des Volksentscheids gebe es für das ehemalige Flughafengelände Tempelhof kein klares Nutzungskonzept für das Gebäude.

Eine wachsende Stadt bedeute nicht nur mehr Menschen und mehr Wohnungen, sondern alle Aspekte des Lebens seien betroffen. Der ÖPNV müsse angepasst werden und Erholungsräume müssten geschaffen werden. Das Stadtentwicklungskonzept 2030 enthalte die richtigen Ziele. Es fehle aber eine Prioritätensetzung zu dessen Umsetzung. Angesichts der raren freien Liegenschaften müsse festgelegt werden, ob sie der Kultur, dem Wohnungsbau oder als Grünfläche dienen sollten. Wie würden die stadtentwicklungspolitischen Planungen fortgesetzt?

In den Bereichen Umwelt, Klima und Energie seien von der Koalition keine Erfolge erzielt worden. Es gebe kein Stadtwerk, kein vernünftiges Umweltprogramm und keine Klimaanpassungsstrategien.

Es sei beschämend, dass die Gartenarbeitsschulen zu wenig Mittel erhielten. Grund dafür sei aus ihrer Sicht eine Fehlsteuerung im Haushalt. Sie halte es für sinnvoll, die Mittel für Grünflächen aus den Globalsummen der Bezirke herauszulösen und ein gesondertes Produkt zu bilden.

In vielen Teilen des Einzelplans 12 habe es Aufwüchse gegeben, allerdings nicht in den Bereichen Umwelt, Naturschutz und Berliner Forsten. Wenn man aber einen Klimawandel ernsthaft wolle, müssten Mittel für eine Veränderung der Struktur der Wälder zur Verfügung stehen.

Warum werde über das Flughafengelände Tegel nicht mehr in diesem Ausschuss diskutiert? Sie bitte, zumindest in der 2. Lesung diesen Komplex zu erörtern.

**Katrin Lompscher** (LINKE) stellt fest, dass sich der Senat zwar positiv zur wachsenden Stadt äußere, aber nicht mit dem aktuellen Zuwachs an Menschen aus Krisengebieten umgehen könne. Zudem fehlten die richtigen Konzepte und Prioritätensetzungen für eine wachsende Stadt. Insbesondere fehlten Lösungen für den Konflikt zwischen notwendigen Bauflächen einerseits und Grün, Klima und Nachhaltigkeit andererseits. Es gebe auch keine Perspektive für eine regionale Kooperation von Berlin und Brandenburg. Große Projekte seien intransparent. Prognosezahlen, beispielsweise zur Schüler- und Bevölkerungsentwicklung, seien vielfach unzutreffend. Bei der Bürgerbeteiligung, Partizipation und der Demokratieentwicklung in der Planung gebe es Probleme.

Die gesamtstädtische, übergreifende Planung sei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zugeordnet. Das setze eine ressortübergreifende Kooperation voraus. Sämtliche Ansätze dazu seien aber im Sande verlaufen. Ein Beispiel dafür seien Stadtentwicklungspläne zur sozialen Infrastruktur, die von den Bezirken aber nicht erarbeitet würden. Ihrer Meinung nach bestehe ein höheres gesamtstädtisches Planungs-, Koordinierungs- und Monitoringanfordernis, das sich im Haushalt nicht widerspiegle.

Sie vermisse einen Projektansatz für eine neue Liegenschaftspolitik. Deren Aufgabe könne es z. B. sei, einen Ankaufsfonds zu bilden und Flächenvorsorge zu betreiben.

Weltkulturerbestätten und denkmalgeschützte Objekte machten Berlin attraktiv. Wie wolle der Senat mit dem Welterbeantrag „Doppelte Moderne“ umgehen?

Auch wenn es im zeitlichen Rahmen des nächsten Doppelhaushalts noch nicht zu einer Umsetzung des Flughafens Tegel komme, sei es doch sinnvoll, die städtebaulichen Implikationen dazu intensiv zu begleiten.

Die Revitalisierung des ICC müsse auch städtebaulich betrachtet werden. Dazu finde sich nichts im Haushalt.

Welche weitergehenden Planungen seien für die Transformationsräume, die im Stadtentwicklungskonzept 2030 definiert worden seien, vorgesehen? Sie habe dazu bisher nur etwas zur Berliner Mitte gefunden.

Dass ein städtebaulicher Wettbewerb zum Tierpark stattfinden solle, obwohl es keine finanzielle Absicherung des Masterplans für die Weiterentwicklung des Tierparkareals gebe, sei verwunderlich.

Sie hoffe, dass die Planung und Durchführung der IGA kein weiteres Defizit zur Folge habe.

**Marion Platta** (LINKE) merkt an, dass es im Bereich der Biodiversität eine Strategie gebe und seit drei Jahren intensiv diskutiert werde. Allerdings gebe es immer noch keine Maßnahmen im Haushalt.

Auch zum Grundwassermanagement habe es diverse Gespräche gegeben. Aber die Forderungen des runden Tisches hätten sich nicht auf den Haushalt niedergeschlagen. Stattdessen werden weiter wie bisher verfahren.

Dem Bevölkerungszuwachs müssten entsprechende Grünflächen gegenüberstehen. Das setze entsprechend mehr Haushaltsmittel voraus.

Es sei vielleicht zutreffend, dass die Stiftung Naturschutz mit dem neuen Gesetz professioneller aufgestellt werden könne. Sie halte es aber für ein falsches Signal, dass gleichzeitig 3 Millionen Euro aus dem Stiftungskapital entnommen würden.

Aus ihrer Sicht gingen beim FÖJ in den nächsten Jahren 100 000 Euro verloren. 300 Plätze würden zwar finanziert, aber der Bedarf liege weit höher.

Wenn die Trinkwasserqualität verbessert werden solle, müssten im Bereich des Fischereiamts mehr Mittel für Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden.

Die ursprüngliche Konzeption habe mehr als drei Naturerfahrungsräume vorgesehen. Angesichts des Bevölkerungswachstums müsse auch hier mehr investiert werden.

Die Haushaltsmittel reichten nicht zu Erfüllung der Aufgaben eines Stadtwerks, die die Enquetekommission gerade zusammenfasse.

Ob die Punkte, die in dem kommenden Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm enthalten seien, umgesetzt werden sollten, gehe nicht aus dem Haushalt hervor.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) begrüßt, dass der „Lange Tag der Stadtnatur“ im Haushalt abgesichert sei.

Ein besonders großer Aufwuchs sei im Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Stadt- und Freiraumplanung – zu verzeichnen. Das komme aber nicht dem Naturschutz, der Landschaftspflege und der Strategie Stadtlandschaft zugute, sondern der Grün Berlin GmbH, deren Stiftung und der IGA. Seine Fraktion halte das für unverhältnismäßig. Anstatt für die Stadtbaumpkampagne um Spendenmittel zu werben, müssten Mittel in den Haushalt eingestellt werden, um eine angemessene Baumbepflanzung der Straßen zu realisieren.

Der Umfang des Kapitels 1211 – Berliner Forsten werde zwar vergrößert. Wenn man aber die desolante Personalsituation der Berliner Forsten betrachte, sei das völlig unzureichend. Lediglich anderthalb neue Stellen seien vorgesehen. Mindestens das Doppelte sei auch für die Sachmittel notwendig. Das zeige den Stellenwert, den der Klimaschutz und die ökologische Vielfalt hätten. Die Forsten verwalteten 20 Prozent der Berliner Landesfläche, erhielten aber nur 5 Promille des Haushaltsvolumens.

Die Ansätze für den integrativen Umweltschutz im Kapitel 1280 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Integrativer Umweltschutz – gingen zurück. Im Kapitel 1291 – Klimaschutz und Energie seien die Ausgaben für den Wettbewerb Berliner Klimaschulen um die Hälfte reduziert worden. Wie würden diese Absenkungen begründet?

Umfängliche Mittel für den Umwelt- und Klimaschutz gebe es nur im Kapitel 1290 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz –, wo eine Förderung der EU im Rahmen des Programms für nachhaltige Entwicklung – BENE – existiere. Es sei aber noch nicht einmal sicher, ob die Mittel ausgeschöpft werden könnten. Die Schwerpunktsetzung, die in der ersten Förderlinie nur CO<sub>2</sub>-Einsparungen in der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und CO<sub>2</sub>-neutraler Mobilität vorsehe, müsse sich endlich auch der industriellen Agrar- und Viehwirtschaft zuwenden. Dabei sei Berlin zwar nicht Produzent, aber Konsument.

Die Bereiche Umwelt und Naturschutz seien aus Sicht seiner Fraktion vor dem Hintergrund des allgemeinen Aufwuchses ungenügend berücksichtigt worden.

**Wolfram Prieß** (PIRATEN) äußert das Bedauern seiner Fraktion, dass es nicht mehr Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung gebe. Wo spiegele sich die von Frau Hausdörfer angesprochene Kontinuität des Verfahrens zur Berliner Mitte im Haushalt wieder?

Der Haushalt habe zwar einen größeren Umfang. Er vermute aber, dass das dem anstehenden Wahlkampf geschuldet sei. Eine klare Konzeption, wie die wachsende Stadt gestaltet werden solle, fehle.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) informiert, dass die Nachnutzung des Flughafens Tegel in den Kapiteln 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt – und 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Hochbau – nachgewiesen werde. Damit werde dieses Thema vorrangig im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr behandelt.

Die Fortschritte im Klimaschutz schlugen sich im Energiewendegesetz und im Berliner Energie und Klimaschutzprogramm nieder.

Die partizipativen Prozesse seien in Berlin so vorbildlich, dass sich andere Städte dafür interessierten. Für solche Verfahren seien auch in kommenden Haushalt Gelder vorgesehen.



**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** schlägt vor, die Synopse als Grundlage der Besprechung zu nutzen.

### **Übergreifende Berichtsaufträge Einzelplan 12**

#### Frage Nr. 1, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bürgerbeteiligung: In welchen Kap./Titeln finden sich diese wieder?

#### Frage Nr. 2, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Erläuterungen zu Veranstaltungen

#### Frage Nr. 3, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Personalentwicklung bei SenStadtUm (Tarifentwicklung, Altersstruktur, Nachbesetzung, Fachpersonal)

#### Frage Nr. 4, Fraktion von SPD und Fraktion von CDU

Umsetzung der UN-Behindertenkonvention

#### Frage Nr. 5, Fraktion von SPD und Fraktion von CDU

Grün Berlin GmbH / Grün Berlin Stiftung: projektbezogene Personalentwicklung, Aufstellung, Projekte

#### Frage Nr. 6, Fraktion von SPD und Fraktion von CDU

Darstellung der diversen Maßnahmen zur IGA

#### Frage Nr. 7, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu den seit 2012 durchgeführten und für 2016/2017 geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sowie zum Stand der jeweiligen Umsetzung.

in Verbindung mit

#### Frage Nr. 1, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Bericht mit Erläuterung aller Maßnahmen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) weist darauf hin, dass die Fragen zur Grün Berlin GmbH/Grün Berlin Stiftung sowie zur IGA im Rahmen eines Berichts beantwortet würden, der auch dem Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr zur Verfügung gestellt werde, obwohl in dem Ressort keine Titel dazu vorhanden wären.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, es ergehe ein Bericht zu den genannten Themenkomplexen sowohl an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr als auch an den Aus-

schuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses Andreas Otto werde er klären, wo das Thema künftig behandelt werde; seiner Ansicht nach gehöre es in den hiesigen Ausschuss.

## **Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Stadt- und Freiraumplanung –**

### **Titel 11193 – Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht –**

#### Frage Nr. 8, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum fallen die Ansätze 2016/2017 mit 200.000 € angesichts des Ist 2014 von 301.524,72 € auch angesichts einer wachsenden Stadt erneut so bescheiden aus? Auf welche anderen Titel (neben Titel 52190) werden Ausgaben im Rahmen ihrer Zweckbestimmung verlagert?

#### Frage Nr. 9, Piratenfraktion

Für welche investiven Maßnahmen sind in 2014 und 2015 Ausgleichsabgaben eingenommen worden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt an, dass die konkret gehaltenen Fragen grundsätzlich mündlich beantwortet würden. Hielten er oder seine Verwaltung eine schriftliche Berichterstattung für angebracht, werde er dies mitteilen.

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert, der Ansatz in Höhe von 200 000 Euro ziehe sich als Standardzahl durch alle vergangenen Haushalte. Im Vorfeld könne nicht genau prognostiziert werden, welche Planfeststellungsbeschlüsse ergingen, aus denen sich wiederum die Ausgleichszahlungen ergäben, die bei diesem Titel vereinnahmt würden. Die Einnahmen seien zweckgebunden und könnten nur für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgegeben werden.

Ausgleichsmaßnahmen würden bei Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen – etatisiert wie auch über Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen – realisiert.

Zu Frage Nr. 9: Im laufenden Haushaltsjahr 2015 seien bisher 33 430 Euro vereinnahmt worden. Das Gros von gut 30 000 Euro stamme von der DB Energie GmbH aus einer Abnehmeranlage Ost. Dieser Betrag werde zweckgebunden für das Grüne Band eingesetzt. Das Ist 2014 liege bei rd. 300 000 Euro. Der größte Teil dieser Einnahmen, rd. 173 000 Euro, entstamme als Rest aus dem Projekt Potsdamer Platz/Leipziger Platz und sei an die Grün Berlin für die Maßnahme am Gleisdreieck weitergeleitet worden. Der zweitgrößte Posten, 64 000 Euro, stamme von der DB Netz AG an verschiedenen Standorten; dieser Betrag gehe ebenfalls in das Grüne Band Berlin ein.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen lfd. Nrn. 8 und 9 seien damit beantwortet.

## **Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –**

### Frage Nr. 10, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum fallen die Ansätze 2016/2017 mit 200.000 € angesichts des Ist 2014 von 446.552,34 € so bescheiden aus? Welche Projekte und Institutionen haben die zur Verfügung stehenden Mittel aus welchen Gründen nicht verwendet?

### Frage Nr. 11, Fraktion Die Linke

Warum konnten die Zuwendungen für Projektförderungen und institutionelle Förderungen nicht verwendet werden und warum ist das IST so hoch?

### Frage Nr. 12, Piratenfraktion

Welche Projekte konnten in 2014-15 nicht durchgeführt werden (Begründung)?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erklärt, die beiden größten Rückzahlungen seien von der Grün Berlin GmbH erfolgt. Rund 125 000 Euro stammten aus der Bewirtschaftung des Gleisdreiecks. Die Unterhaltungskosten seien geringer ausgefallen, da nicht ganz so viel Müll wie erwartet angefallen sei und manche Maßnahmen aufgrund der langen Winterperiode nicht hätten durchgeführt werden können. Weitere 146 000 Euro seien von der Grün Berlin Stiftung zurückgezahlt worden, da auch dort manche Planungsvorhaben – Verbindung Gleisdreieck/Südgelände – nicht so schnell wie erwartet hätten umgesetzt werden können. Die Gesellschaft müsse die Mittel, die sie nicht verausgabte, an Berlin zurückzahlen. Sie würden im Folgejahr weitergeführt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen lfd. Nrn. 10, 11 und 12 seien damit erledigt.

## **Titel 13401 (neu) – Kapitalrückzahlungen –**

### Frage Nr. 13, Fraktion Die Linke

Warum werden aus dem Stiftungskapital der Stiftung Naturschutz in 2016 3 Mio. € entnommen? Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt dies und wofür soll diese Summe verwendet werden?

### Frage Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf welcher rechtlichen Grundlage soll die Rückzahlung des Kapitals der Stiftung Naturschutz erfolgen? Wie soll die Finanzierung der Arbeit der Stiftung Naturschutz in Zukunft dauerhaft und zuverlässig abgesichert werden? Wofür werden die zurückgezahlten Mittel verwendet?

Frage Nr. 15, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Erläuterung der Rückzahlung. Welche zukünftige Verwendung der 3 Mio. € ist vorgesehen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, die gesetzliche Grundlage für das Vorgehen sei das vorliegende Gesetz. Im Gegenzug dazu, dass drei Millionen Euro aus dem Stiftungskapital entnommen worden seien, sei der Ansatz bei der Stiftung Naturschutz verdoppelt worden. Das Stiftungskapital bringe der Stiftung bei einer Durchschnittsverzinsung von unter einem Prozent nicht viel ein. Im Ausschuss sei lange über den Vorgang diskutiert worden. Die Lösung, das Stiftungskapital zu halbieren – drei Millionen Euro seien noch übrig, drei Millionen Euro seien entnommen worden –, sei auch nicht auf Protest, sondern eher auf verhaltene Zustimmung gestoßen. Die Erhöhung des Zuschusses werde nun auch in der Finanzplanung bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben. Mit SenFin sei dieses Vorgehen vereinbart worden, um deutlich zu machen, dass nicht nur Geld aus dem Stiftungskapital entnommen werde, sondern dauerhaft eine Zuschusserhöhung erfolge, zumindest in dem Rahmen, der aus Sicht von SenFin und seiner Verwaltung planbar sei. Damit solle die Finanzierung der Arbeit dauerhaft und zuverlässig abgesichert werden.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) erkundigt sich, wo im Gesetzentwurf die drei Millionen Euro veranschlagt seien und wofür sie verwendet würden.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erklärt, die drei Millionen Euro gingen in den allgemeinen Landeshaushalt ein. Dafür werde der Zuschuss an die Stiftung auf 700 000 Euro erhöht, als verdoppelt. Dort gehe das Geld sozusagen indirekt hin. Durch die Festschreibung, dass die Erhöhung über fünf Jahre hinweg stattfinde, von 2016 bis 2020, werde die Hälfte des Stiftungskapitals als Zuschuss direkt an die Stiftung zurückgezahlt. Eine solche Summe könnte die Stiftung durch Zinsen niemals erwirtschaften.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) fragt, ob der Zuschuss an die Stiftung Naturschutz direkt aus den drei Millionen Euro stamme.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) wiederholt seine Frage nach der Rechtsgrundlage für die Rückzahlung.

**Marion Platta** (LINKE) erkundigt sich, in welchem Ausmaß die Arbeit der Stiftung abgesichert sei. Die Stiftung solle bekanntlich über das Jahr 2020 hinaus bestehen. Laut Gesetzentwurf zur Neuregelung sei das Stiftungskapital zu sichern. Mit wem habe sich die Verwaltung über dieses Vorgehen verständigt? Gesetzgeber sei das Parlament.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, der Gesetzgeber beschließe den Haushalt und lege letztendlich fest, welche Zuwendungsempfänger welche Mittel erhielten. Dies geschehe in einem Doppelhaushalt und nicht über zehn Jahre. Der Senat erarbeite einen Haushaltsentwurf, den er dem Haushaltsgesetzgeber vorlege. Parallel dazu stelle der Senat eine Finanzplanung auf, in der er die Perspektiven aufzeige. Diese Finanzplanung sei dem Parlament im August zur Kenntnis gegeben worden. Darin sei von SenStadtUm berücksichtigt worden, dass der Zuschuss bis ins Jahr 2020 – solange laufe die Finanzplanung – vorhanden sei. Über einen längeren Zeitraum könne dies nicht dargestellt werden, da dazu keine In-

strumente vorhanden seien und der Senat den Haushaltsgesetzgeber auch nicht bis ans Ende aller Tage festlegen könne und wolle. Letztendlich sei es an den künftigen Abgeordneten, dieses Vorhaben fortzuführen. Aus Sicht seiner Verwaltung handle es sich um eine Summe, die diese Ansatzserhöhung mindestens auch zehn Jahre ermögliche. Haushaltstechnisch sei es nicht anders möglich, als dass das Stiftungskapital zurückgeführt und im Landeshaushalt vereinnahmt werde und die genannten Ausgaben im Landeshaushalt zugleich ausgewiesen würden. Wenn das Parlament den Haushalt im Dezember letztendlich so beschließe, könne das Geld entsprechend ausgezahlt werden.

Von dem Stiftungskapital ziehe die Stiftung derzeit keinen Nutzen, außer vielleicht das gute Gefühl, ein so hohes Kapital zu haben. Die Erträge seien in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen, was letztlich auch die Finanznot der Stiftung ausgelöst habe. Auch auf Grundlage des im Ausschuss ausführlich diskutierten Gutachtens, zu dem er wenig Kritik, sondern eher Zustimmung erfahren habe, sei der Vorschlag ergangen, das „tote“ Kapital teilweise in den Landeshaushalt zu geben. Drei Millionen Euro blieben noch bei der Stiftung, sie verbleibe also nicht völlig ohne Kapital. Dafür werde das in jährliche Zuwendungen umgewandelt, die dann auch nutzbar seien, während das Stiftungskapital für die Stiftung nicht verwendbar sei. Das Gutachten könne er den Ausschussmitgliedern noch einmal zur Verfügung stellen, falls sie den Eindruck hätten, seine Verwaltung hätte die Idee neu erfunden. Das Vorgehen sei das Ergebnis des Prozesses, der auch mit der Stiftung und dem Stiftungsrat intensiv diskutiert worden sei. Aus Sicht seiner Verwaltung sei es das probate Mittel, um zu einer Lösung der prekären Finanzsituation bei der Stiftung zu kommen.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) stellt fest, seine Frage sei nicht beantwortet worden. In der morgigen Plenarsitzung werde das Thema erneut angesprochen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen lfd. Nrn. 13, 14 und 15 seien erledigt.

#### **Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –**

##### Frage Nr. 16, Fraktion Die Linke

Bitte Einnahmen ausdifferenzieren: Wie hoch sind die Spenden für die 2012 begonnene Stadtbaumkampagne aktuell? Wie viele Bäume konnten bis heute gepflanzt werden?

**Beate Profé** (SenStadtUm) teilt mit, seit Beginn der Stadtbaumkampagne Ende 2012 bis zum 7. September 2015 seien insgesamt rund 530 000 Euro an Spenden eingenommen worden.

**Dr. Manuel Heide** (CDU) erkundigt sich, wie viel Bäume bislang gepflanzt worden seien.

**Beate Profé** (SenStadtUm) erwidert, bis dato seien ungefähr 4 300 Bäume gepflanzt worden. Derzeit werde die Herbstpflanzung vorbereitet; dadurch kämen noch einmal rd. 700 Bäume hinzu. In diesem Jahr würden dann etwa 5 000 Bäume erreicht.

**Dr. Manuel Heide** (CDU) fragt, wie viele Bäume der letzten Herbstpflanzung den Sommer überlebt hätten.

**Beate Profé** (SenStadtUm) verweist auf die Vereinbarung mit einer Pflegefirma. Die Baumpflege der ersten drei Jahren sei mit beauftragt. Dort bestehe also eine „Gießpflicht“.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage Nr. 16 sei damit beantwortet.

#### **Titel 34201 – Zuschüsse für Investitionen –**

##### Frage Nr. 2, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Haben sich die Investoren in erwarteter Höhe beteiligt? Weshalb ist das Ist 2014 deutlich niedriger als erwartet?

**Antje Kapek** (GRÜNE) konkretisiert, die Frage beziehe sich darauf, ob die Einnahmen beim Freiraumsystem Heidestraße wie erwartet ausgefallen seien.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, zum Vorhaben Heidestraße werde seine Verwaltung einen Gesamtbericht erstellen; darin werde auch diese Frage berücksichtigt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage werde im Rahmen des Berichts zur Heidestraße beantwortet.

#### **Titel 41201 – Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige –**

##### Frage Nr. 17, Fraktion Die Linke

Für welche Tätigkeiten werden Aufwendungen erstattet?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert, zwischen dem Land Berlin und der Technischen Universität Berlin sei ein Vertrag geschlossen worden, um die Arbeit des Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege zu finanzieren. Zur Entlastung der TU erhalte diese eine Aufwandsentschädigung für jene Arbeit, die der Landesbeauftragte für den Senat leiste.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

#### **Titel 41210 – Aufwendungen für Beiräte –**

##### Frage Nr. 18, Fraktion Die Linke

Nach welchen Kriterien erfolgt die Unterstützung von Beiräten? Welche Beiräte werden unterstützt?

**Beate Profé** (SenStadtUm) merkt an, dieser Titel stehe im Zusammenhang mit dem vorherigen Titel. Unterstützt werde hierüber allein der Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege, der den Senat berate. Die Mitglieder seien ehrenamtlich tätig, erhielten allerdings eine Aufwandsentschädigung von 20 Euro für die Teilnahme an den etwa alle acht Wochen stattfindenden Beiratssitzungen. Grundlage für die Finanzierung sei die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

**Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –**

Frage Nr. 19, Fraktion Die Linke

Bitte um Erläuterung: aus welcher Vermietung und welcher Nutzung hatte die Kirchgemeinde Einnahmen erzielt und was sieht die Freiraumgestaltung Kulturforum für das besagte Grundstück vor?

Warum werden diese Erstattungen nicht aus dem Bereich Kultur oder Wirtschaft beglichen?

**Beate Profé** (SenStadtUm) berichtet von einem seit vielen Jahren bestehenden Vertrag zwischen der evangelischen Kirche und dem Land Berlin. Ursprünglich habe dort eine private Nutzung stattgefunden, aus der die Kirche Einnahmen erzielt habe. Diese Nutzung habe dem Land missfallen. Um ein besseres Ambiente am Kulturforum zu schaffen, habe Berlin die Fläche angemietet. Das Land erstatte der evangelischen Kirche nunmehr jährlich die Einnahmen in Höhe von 23 000 Euro. Diese Regelung bestehe sei 1998 und tauche in jedem Haushalt auf.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

**Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –**

Frage Nr. 20, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht, insb. inwieweit Kosten für die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen gemäß Berliner Naturschutzgesetz enthalten sind bzw. Gelder zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechts für Grundstücke in Naturschutzgebieten. Titel anhalten

Frage Nr. 21, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die geplanten Ausgaben aufschlüsseln und den genannten Maßnahmen zuordnen.

Frage Nr. 22, Fraktion Die Linke

Bitte um Aufgliederung nach Gebieten und Abgrenzung von Aufgaben der Bezirke.

In welchen Gebieten erfolgt Vertragsnaturschutz? Welche Grundlagen für die Ermittlung der Kosten werden dazu herangezogen? Welche wirtschaftlichen Gründe lagen der Entscheidung für eine Vertragslaufzeit von 2 Jahren vor? Welche Einsparungen bei der Verwaltung lassen sich durch den Abschluss von 5-Jahres-Verträgen erzielen? Wie werden die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen den Vertragslaufzeiten von 2 Jahren bzw. 5 Jahren angepasst? Wie erfolgt das Monitoring für die Erreichung der Ziele (Sach- und Personalkosten)?

Frage Nr. 23, Piratenfraktion

Wir bitten um schriftlichen Bericht über die geleisteten Einzelmaßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Jahr 2014 und eine Übersicht über die 2016-2017 geplanten Maßnahmen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Senat erstelle einen Bericht.

**Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen –**

Frage Nr. 24, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte erläutern, für welche Maßnahmen wann Mittel in welcher Höhe aus dem Restbetrag für 2014 i.H.v. mehr als 1,5 Mio. € verwendet werden sollen. Warum konnten die Mittel bisher nicht verausgabt werden?

Frage Nr. 25, Fraktion Die Linke

Warum ist das Ist 2014 deutlich niedriger als der Ansatz? Wie ist der Rest von 1,2 Mio. € entstanden und wofür ist er vorgesehen?

Frage Nr. 26, Piratenfraktion

Welche Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen wurden 2014-2015 durchgeführt? Wie erklärt sich der Rest i.H.v. 1,52 Mio. € und welcher Verwendung soll dieser zugeführt werden?

**Beate Profé** (SenStadtUm) merkt an, dieser Titel korrespondiere mit Titel 11193 – Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht –. Die Einnahme aus den Festlegungen von Planfeststellungsbeschlüssen werde für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege verwendet. Da sich die Realisierung der Maßnahmen über mehrere Jahre hinwegziehe und die Mittel zweckgebunden seien, entstünden Restmittel, die sich sammelten, bis die entsprechende Maßnahme endgültig abgeschlossen sei.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt an, dem Ausschuss die Liste der Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zukommen zu lassen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte einen entsprechenden Bericht.

**Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –**

Frage Nr. 27, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Ausführungen. Inhalt des Konzepts? Warum so geringer Ansatz?



Frage Nr. 28, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Bericht über die 2014 und 2015 geplanten Thematischen Untersuchungen zur Umsetzung des STEP Wohnen und zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Zentren sowie Industrie und Gewerbe und zum Freiraumkonzept Berlin.

in Verbindung mit

Frage Nr. 3, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Inwieweit ist die Weiterentwicklung des STEK 2030 geplant? Ist eine Überarbeitung des FNP in Planung?

Frage Nr. 29, Fraktion Die Linke

Bitte um nähere schriftl. Erläuterungen zur Erarbeitung eines Freiraumkonzepts für Berlin.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt einen schriftlichen Bericht an.

**Titel 52610 – Gutachten –**

Frage Nr. 30, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Gutachten zu Vorkommen und Verbreitung seltener, gefährdeter und geschützter Arten wurden im vergangenen Jahr von wem durchgeführt und sind in den kommenden Jahren geplant? Ist der Titel auskömmlich?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert, in dem angesprochenen Jahr seien keine Gutachten durchgeführt worden. Sie seien im Zweifel über andere Titel gelaufen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

**Titel 53121 – Bürgerbeteiligung an Planungen –**

Frage Nr. 31, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Projektierte Maßnahmen? In der Begründung des Titels wird dargestellt, dass die Anforderungen an Bürgerbeteiligung in Planungen steigen und erhöhte Planungserfordernisse aufgrund des Bevölkerungswachstums entstehen. Dadurch seien höhere Mittel für die Bürgerbeteiligung erforderlich. Die Ausgaben bleiben aber von 2015-2017 konstant bei 250 T € Wie erklärt sich das?

Wie hoch sind insgesamt die im Einzelplan 12 budgetierten Ausgaben für Bürgerbeteiligung in den Haushaltsjahren 2016 und 2017?

Ausführliche Darstellung der Maßnahmen, Artikelübergreifend.

Frage Nr. 32, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erläuterung, wie der Ansatz für die immer größer werdenden Anforderungen der Bürgerbeteiligung ausreichen soll. Weshalb wurde der Ansatz in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft? Welche Leistungen für den Flächennutzungsplan sollen im Rahmen des Fünfjahresvertrages vergeben werden? Steht schon fest, an wen der Auftrag vergeben wird?

Frage Nr. 33, Fraktion Die Linke

Bitte um Erläuterung der bisherigen Bürgerbeteiligungen, der IST-Ausgaben: Auflistung einzelner Beteiligungen und deren Kosten.

Frage Nr. 34, Piratenfraktion

Warum waren die Ausgaben 2014 rückläufig, trotz wachsender Stadt?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, zum Thema Bürgerbeteiligung folge ein übergreifender Bericht. Fragen zu den Titeln aus Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Stadt- und Freiraumplanung – würden darin auch behandelt.

**Antje Kapek** (GRÜNE) fragt, ob der Bericht auch die explizit zum FNP gestellten Fragen beantworten werde.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) sagt zu, die Fragen in dem übergreifenden Bericht zu berücksichtigen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

**Titel 54010 – Dienstleistungen –**

Frage Nr. 35, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Informationen zu ausgewählten Maßnahmen.

STEK 2030 Darstellung der geplanten Maßnahmen mittendrin Berlin warum so unterschiedliche Ansätze für 2016/17? Projektmanagement „Strategie smart City Berlin“ Aufgabe des Projektmanagements?

Frage Nr. 36, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht wie die gesamtstädtischen Planungsstrategien weiterentwickelt werden sollen. Welche Aufgaben umfassen die Dienstleistungsverträge für das Stadtentwicklungskonzept 2030 und dessen Umsetzung (Bitte um Auflistung der jeweiligen Kosten)? Welche Aufgaben umfassen die Dienstleistungsaufträge zur Strategie Smart City Berlin?

Nr. 7-11 und Nr. 16: Von wem wurden und werden die Dienstleistungen erbracht?  
Sind die Ansätze mit Blick auf den Ansatz 2014 auskömmlich?

in Verbindung mit

Frage Nr. 4, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Bitte um Erläuterungen zu 15., 17., 18. und 19.

Frage Nr. 37, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht insbesondere zu Punkten 1, 5, 6 und 18 (mit welchen Summen und für welche konkreten Aufgaben werden die Bezirke unterstützt?) und 19 (Ausschreibung und Arbeitsaufgabe zur Strategie Smart City Berlin bitte zur Kenntnis geben).

Frage Nr. 38, Piratenfraktion

Wir bitten um Erläuterung des Punktes 9.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, auf Zusage von **Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erhalte der Ausschuss einen schriftlichen Bericht.

**Titel 54048 – Maßnahmen zur Umsetzung der  
Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung –**

Frage Nr. 39, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Ausführungen; Titel anhalten

Frage Nr. 40, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stand der Umsetzung der Sozialraumorientierung insbesondere des– Planungsraum-  
bezogenen Informationssystems für Monitoring und Analyse – PRISMA (Geschäfts-  
stelle) und Darstellung der Maßnahmen zur Unterstützung der Bezirke.

Frage Nr. 41, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Erläuterung: Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Umsetzung  
der Rahmenstrategie, in welchen anderen Kapiteln und Titeln sind dafür Mittel ver-  
anschlagt?

Aufgaben der PRISMA (Geschäftsstelle)

Frage Nr. 42, Piratenfraktion

Warum ist hier keine Erhöhung der Mittel veranschlagt obwohl 2014 ein Mehrbedarf  
erkennbar ist?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erklärt, die bei diesem Titel etatisierten Ausgaben seien für die Umsetzung der Sozialraumorientierung vorgesehen. Dies beziehe sich auf das planungsraumbezogene Informationssystem für Monitoring und Analyse – PRISMA – und auf eine dort installierte Geschäftsstelle wie auch auf die Unterstützung der Bezirke zur Stärkung des sozialraumorientierten Handelns. Grundlage dafür seien Senatsbeschlüsse aus den Jahren 2009 und 2012. Der Rat der Bürgermeister – RdB – habe im März 2015 den Senat aufgefordert, den Betrieb und die Weiterentwicklung von PRISMA sowie die begleitende finanzielle Unterstützung der Bezirke bei der Umsetzung abzusichern. In der Geschäftsstelle von PRISMA müssten IT-technische Maßnahmen, der Anwendersupport und Ähnliches mehr weiterentwickelt werden.

Ansonsten stelle der Senat den Bezirken 10 000 Euro pro Bezirk zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung, um das sozialraumorientierte Handeln in den Bezirken zu stärken, die Vernetzung der Akteure zu gewährleisten u. Ä. und damit einheitliche Planungsgrundlagen und Profile der Bezirksregionen erstellt würden.

**Marion Platta** (LINKE) verweist auf die Frage ihrer Fraktion – lfd. Nr. 41 –, in der ein schriftlicher Bericht erbeten werde.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

#### **Titel 54053 – Veranstaltungen –**

##### Frage Nr. 43, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wann ist die nächste Umweltbildungskonferenz geplant? Welchen inhaltlichen Schwerpunkt soll sie haben?

**Beate Profé** (SenStadtUm) teilt mit, an der Planung einer weiteren Umweltbildungskonferenz werde gearbeitet, es gebe hingegen noch keinen Termin. Das Thema Umweltbildung werde nichtsdestotrotz auch in anderen Titeln fortgeführt; Titel 54053 – Veranstaltungen – berücksichtige nur die Veranstaltungen.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) bittet um konkretere Sachstandsdarstellung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) stellt klar, die nächste Umweltbildungskonferenz sei geplant, für sie gebe es aber noch keinen Termin. Den Schwerpunkt der Konferenz werde die Verwaltung gemeinsam mit den Initiativen wie auch angesichts der Handlungsfelder festlegen. Auch hier wolle die Verwaltung partizipativ arbeiten und nicht von oben herab einen Schwerpunkt festlegen, von dem nicht klar sei, ob er zum Zeitpunkt der Konferenz das aktuelle Bedürfnis erfasse. Bei der Schwerpunktfindung könne sich der Abgeordnete gerne einbringen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung –**

### Frage Nr. 44, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Erkenntnisse konnten durch das Vorhaben „Berliner Nachhaltigkeitsprofil“ des IZT gewonnen werden und wo sind sie dokumentiert?

### Frage Nr. 45, Fraktion Die Linke

Welche Arbeiten für das Berliner Nachhaltigkeitsprofil sind bisher beauftragt? Welche Zwischenergebnisse liegen vor und wie erfolgt der Umgang mit dem Nachhaltigkeitsprofil? (Projekt des IZT 2014-2016)

Welche Projekte zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 werden hier finanziert?

### Frage Nr. 46, Piratenfraktion

Welche Dienstleistungen sind innerhalb der Umsetzung des Berliner Nachhaltigkeitsprofils geplant?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert, Nachhaltigkeitsprofile würden derzeit in Kooperation von Iclei und IZT erstellt. Dieser Prozess werde von einem Expertengremium begleitet; seit Kurzem liege ein erster Entwurf vor. SenStadtUm befinde sich in der ersten Abstimmung mit anderen Senatsverwaltungen. Fachgespräche und Diskussionen würden folgen, um das Vorhaben in 2016/2017 abzuschließen. An diesem Prozess könnten auch die Fraktionen noch Anteil nehmen.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) erkundigt sich nach den Mitgliedern des Expertengremiums.

**Marion Platta** (LINKE) fragt, ob sie es recht verstanden habe, dass zunächst einmal nur eine Projektvorstellung, nicht aber eine Umsetzung von Projekten aus dem Titel erfolge.

**Beate Profé** (SenStadtUm) bejaht dies. – Wenn es hier um Projekte gehe, die beispielhaft für das Nachhaltigkeitsprofil stünden, dann sei das kein investiver Titel, aus dem die Umsetzung von Projekten erfolgen könne.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) konkretisiert, bundesweit laufe eine Debatte darüber, wie das Thema Nachhaltigkeit greifbar gemacht werden könne, wie und an welchen Indikatoren überprüft werden könne, wie nachhaltig Entwicklungen seien. In der Enquetekommission Zukunftsfähiges Berlin sei darüber diskutiert worden, und im Nachgang habe es verschiedene Ansätze dazu gegeben, bis hin zum Nachhaltigkeitsindex u. a. SenStadtUm habe sich entschlossen, sich auf den Weg eines Nachhaltigkeitsprofils zu begeben, weil dies aus ihrer Sicht von Aufwand und Wirkung her eine vernünftige Lösung darstelle, um dieses schwer konkret greifbare Thema für Berlin abzubilden. Bundesweit stehe man dazu in Diskussionen; der neue Weg Berlins werde interessiert betrachtet. Innerhalb des Prozessverlaufs würden neue Dinge entstehen, die momentan noch nicht genau benannt werden könnten. Dafür wie auch zur Klärung der Frage, wie ein solches Nachhaltigkeitsprofil aussehe, sei das den Prozess begleitende Expertengremium gebildet worden. Wenn erste greifbare

Informationen dazu vorlägen, wolle er diese den Ausschussmitgliedern gerne vorstellen, damit sie ein Bild davon bekämen und auch, um ihre Anregungen aufzunehmen. Ein Bericht dazu würde momentan eher den Prozess beschreiben, statt Ergebnisse darstellen.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) regt an, der Prozess sollte dennoch schriftlich beschrieben werde. Dabei sollte auch Erwähnung finden, wie das Expertengremium zusammengesetzt sei.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

### **Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –**

#### Frage Nr. 47, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen u.a. zur Stadtbaumkampagne: erreichte Zahlen und weitere Entwicklung; Bitte um aktuellen Bericht über die SOLL und IST-Zahlen (Stadtbaumkampagne); Titel anhalten. Darstellung Mittelverteilung nach Bezirken, Darstellung geplanter Maßnahmen.

#### Frage Nr. 48 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte das Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben Naturerfahrungsräume für Kinder in Pankow auch vor dem Hintergrund der bisher bereits durchgeführten Vorhaben erläutern. Wie viele Naturerfahrungsräume sollen wo für welchen Zeitraum entstehen? Wie viele Mittel stehen dafür zur Verfügung? Konnte inzwischen die Ko-Finanzierung sichergestellt werden?

Bitte die den geplanten Aufbau einer Organisationsplattform und Unterstützung bestehender Initiativen zur Hofbegrünung erläutern. Wie verteilen sich die Mittel und welche Initiativen werden unterstützt? Wer soll die geplante Plattform aufbauen?

#### Frage Nr. 49, Fraktion Die Linke

Schriftl. Bericht zum Programmstand, zu den 2014 finanzierten Maßnahmen und zu den Aufgaben der nächsten beiden Jahre.

#### Frage Nr. 50, Piratenfraktion

Wie hoch war der zur Verfügung gestellte Komplementäranteil dieser Haushaltstelle für die Stadtbaumkampagne im Jahr 2014? Wie ist die aktuelle Entwicklung bei der Stadtbaumkampagne?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zum Thema Strategie Stadtlandschaft werde ein Bericht erstellt.

### **Titel 54203 – Landschaftliche Entwicklung des Nordostrumes von Berlin –**

#### Frage Nr. 51, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert, zu den wesentlichen Maßnahmen gehörten die Vorbereitung der Sicherung und Anbindung des „Berliner Barnims“ an die Innenstadt und die Vorbereitung zum Grunderwerb – partiell würden auch Gutachten erstellt – sowie die Unterstützung des Beweidungsprojekts im Tegeler Fließ, das kürzlich seinen Betrieb aufgenommen habe.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) erkundigt sich nach konkreten Projekten.

**Beate Profé** (SenStadtUm) schildert, im Nord-Ost-Raum seien A- und E-Maßnahmen verankert, beispielsweise aus der Dresdner Bahn im nördlichen Bereich des Mauerparks. Des Weiteren sei im 16. Bauabschnitt der Autobahn ein Beitrag für das Grüne Band vorgesehen; es handele sich um zwei Teilabschnitte, die in den nächsten Jahren umgesetzt würden.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

#### **Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –**

##### Frage Nr. 52, Fraktion Die Linke

Warum ist der Rest mit 3,6 Mio. € so hoch und wofür sollen die Mittel verwendet werden?

**Beate Profé** (SenStadtUm) berichtet, der Titel umfasse Ausgaben für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Auf der Basis des Gräbergesetzes erhalte das Land vom Bund zweckgebundene Mittel, die aus den entsprechenden Titeln verausgabt würden. Im Rahmen der sog. Ruherechtsentschädigung erhielten landeseigene und kirchliche Friedhofsträger einen Ersatz dafür, dass die Gräber belegt seien. Weitere Ausgaben bezögen sich auf die Pflege der Grundstücke. Da es sich um zweckgebundene Mittel handele, erfolge der Transfer an die unterschiedlichen Zielorganisationen nicht immer zum Jahresende. Dadurch entstünden immer wieder Reste.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

#### **Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –**

##### Frage Nr. 53, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Auflistung der Ausgaben die laut städtebaulichem Vertrag zum Mauerpark der CA-Immo erstattet werden.

Zu Nr. 2: Wie wird die Reduzierung des Ansatzes (2014/2015: 100.000 €) begründet?

Zu Nr. 4: Ist der Ansatz auskömmlich?

##### Frage Nr. 54, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu 1. Mauerpark: Zusammenhang von Fälligkeit und Stand B-Plan; Erläuterung zu evtl. Vertragsänderungen und Begründung der Höhe der

Ausgaben, ausführliche Darstellung des weiteren B-Plan-Verfahrens; der Erschließung und der Maßnahmen am Gleimtunnel.

Bitte um Erläuterungen zu 2.: Wildtierschutz: Ist die Summe aus Sicht des NABU auskömmlich?

Frage Nr. 55, Piratenfraktion

Punkt 1. a): Welche konkreten Aufwendungen werden der CA Immo ersetzt?

Punkt 2.: Seit wann erhält der NABU Berlin die finanzielle Zuwendung vom Land Berlin und was ist Vertragsgrundlage?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt einen titelübergreifenden Bericht zum Mauerpark an.

**Beate Profé** (SenStadtUm) erläutert zu Nr. 2, für den NABU Berlin e. V. sei ein Ansatz in Höhe von 92 000 Euro als sinnvolle Größenordnung vorgesehen. Die restlichen 8 000 Euro seien für das sog. Wildtiertelefon veranschlagt, das mit einem anderen Teilbetrag in Titel 54010 – Dienstleistungen – abgewickelt werde. Dort würden noch mal 15 000 Euro entstehen, sodass es zu dem Komplex insgesamt verausgabt werde. – Der Ansatz zu Nr. 4 sei auskömmlich.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet. Zum Thema Mauerpark erhalte der Ausschuss einen schriftlichen Bericht.

**Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –**

Frage Nr. 56, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um detaillierte Informationen, insb. Personalsituation und -entwicklung, Daueraufgaben.

Frage Nr. 57, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um detaillierte Auflistung der zusätzlich hinzugekommenen Kosten für neu hinzugekommene Flächen, insbesondere Tempelhofer Feld.

in Verbindung mit

Frage Nr. 5, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Ist geplant, dass Grün Berlin weitere Grünflächen übernimmt? Wenn ja, welche?

Frage Nr. 58, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu Gründen für die deutlich höheren Ausgaben 2014 (plus 2 Mio. €) gegenüber dem Ansatz, zu allen einzelnen Maßnahmen, auch zu Tarif- und Betriebskostensteigerungen und insbesondere zur Bewirtschaftung und Nachnutzung



des Tempelhofer Feldes; zum Mauerpark: Warum bereits eine Summe in 2016 für Pflege und Unterhaltung der Erweiterungsflächen im Mauerpark, wo diese doch noch nicht zur Verfügung stehen? Wie und auf welcher Grundlage erfolgt die Berechnung der Kosten für den gärtnerischen Pflegeaufwand der einzelnen Flächen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) verweist auf den übergreifenden Bericht zur Grün Berlin GmbH, der zur lfd. Nr. 5 der Synopse erstellt werde. Die soeben aufgerufenen Fragen fänden darin Berücksichtigung.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, zusätzlich zu dem Bericht zum Mauerpark erhalte der Ausschuss einen Bericht zur Grün Berlin GmbH, der auch auf die Fragen lfd. Nrn. 56 bis 58 der Synopse sowie auf die Frage lfd. Nr. 5 aus der Zusatzliste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingehe.

#### **Titel 68214 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Berliner Krematoriumsbetriebes –**

Frage Nr. 59, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu Krematorien, Entwicklung der Zahlen, Vgl. mit anderen Bundesländern; Titel anhalten.

**Beate Profé** (SenStadtUm) bittet um Präzisierung der Frage.

**Daniel Buchholz** (SPD) konkretisiert, seine Fraktion interessiere die Entwicklung der Kremierungszahlen über einen Zeitraum von zehn Jahren sowie die Auslastung der Krematorien im Vergleich zu anderen Bundesländern und Kommunen. Hintergrund der Frage sei, dass Berlin zwar über große öffentliche Krematorien und Kapazitäten verfüge, viele Kremierungen, die von sogenannten Billigbestattern angeboten würden, allerdings im Ausland stattfänden. Hier sollten Überlegungen angestellt werden, wie diese nicht zu begrüßende Entwicklung ein Stück weit zurückgeführt werden könne. Ggf. müsste auch über die Einführung einer Kremierungspflicht in Berlin nachgedacht werden.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

#### **Titel 68220 – Zuschüsse zur Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Gartenausstellung –**

Frage Nr. 60, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zur IGA, Zeit- und Maßnahmenplan, lfd. Kosten und Investitionen sowie die damit verbundenen Zuschüsse durch Dritte (auch im Zus. mit Titel 89366).

Bitte um Darstellung der Mittelverwendung im Hinblick auf Auftragnehmer (Grün Berlin und ggf. andere).

Frage Nr. 61, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum Stand der Planung und zur Finanzierung, insbesondere der Einnahmeerwartung. Bitte um Gesamtdarstellung aller Kosten für die Gärten der Welt und IGA aus den unterschiedlichen Kapiteln und Titeln. Darstellung bestehender Verpflichtungsermächtigungen aus den vergangenen Jahren sowie Begründung der Verpflichtungsermächtigungen 2016/17 und zu erwartenden Vertragsabschlüsse. Erläuterung des Ist 2014.

in Verbindung mit

Frage Nr. 6, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Bitte um Gesamtdarstellung aller Kosten für die Gärten der Welt und IGA aus den unterschiedlichen Kapiteln und Titeln (inkl. Verkehrserschließung).

Frage Nr. 62, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zum Stand der Vorbereitung der IGA, einschl. dezentraler Projekte. IST der Ausgaben bitte darstellen; um welche nicht-investiven Ausgaben handelt es sich? Eigenkapital in 2017: 26.725.050 € (siehe Wirtschaftsplan S. 85)  
Bitte um Erläuterung der deutlichen Erhöhung gegenüber den Vorjahren.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, zur lfd. Nr. 6 der Synopse werde zum Thema IGA ein übergreifender Bericht erstellt. Diesem würden die zur IGA erstellte Hauptausschussvorlage wie auch die Broschüre zur IGA hinzugefügt. Die soeben aufgerufenen Fragen würden ebenfalls in dem Bericht beantwortet.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält das Einverständnis des Ausschusses dazu fest.

**Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –  
und Titel 13401 – Kapitalrückzahlungen –**

Frage Nr. 63, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Stand der Neustrukturierung, lfd. Projekte, Auswirkungen durch gesetzliche Änderungen; Titel anhalten; Bitte auch um genauere Erläuterung der von 317 T€ in 2015 auf 700 T€ ab 2016 steigenden Zuschüsse für die Stiftung im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Stiftung.

In welchem Zusammenhang erfolgt die Rückzahlung des Stiftungskapitals i.H.v. 3 Mio. €? Bleibt Stiftungskapital weiterhin bestehen, wenn ja, in welcher Höhe?

Frage Nr. 64, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie wird der Aufwuchs der Personalausgaben von 260.300 € (Ansatz 2015) auf 422.790 € (Ansatz 2017) begründet? Was verbirgt sich hinter den „Zuwendungen an andere“? Warum stehen 2016/2017 nur ca. 30 % der bisherigen Mittel für die Förde-

rung von Projekten zur Verfügung? Welche Projekte werden davon betroffen sein? Welche Initiativen zur Akquise weiterer Mittel sind geplant?

Frage Nr. 65, Fraktion Die Linke

Darstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Stiftung Naturschutz, der beabsichtigten Neustrukturierung der Stiftung Naturschutz und der Finanzierung des Langen Tags der Stadtnatur.

Frage Nr. 66, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Erläuterung der Neustrukturierung der Stiftung, insbesondere der Finanzierung, und wie diese mit der Stiftung abgestimmt wurde.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, der Ausschuss erhalte auf Wunsch der Koalitionsfraktionen einen Bericht.

**Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

Frage Nr. 67, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Begründung für hohe Rechnung in 2014 bei Naturschutzstation Malchow (Nr. 5.).

Warum Erhöhung bei Nr. 7? Titel anhalten

Frage Nr. 68, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Nr. 9: Welche zusätzlichen Projekte der Naturschutzarbeit sind geplant? In welcher Form werden Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe dieser Projekte berücksichtigt? Warum erfolgten 2014 keine Ausgaben?

Frage Nr. 69, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Erläuterung der Verlagerung der Projekte unter 6. und 8. Um welche Projekte handelt es sich bei Punkt 9 und wie werden diese ausgewählt?

**Beate Profé** (SenStadtUm) erklärt zu Nr. 8, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. werde künftig über Kapitel 1211 – Berliner Forsten gefördert. – Zu Nr. 9: Im Rahmen der IGA sei ein umfangreiches Umweltbildungsangebot geplant. Die konkrete Konzipierung erfolge im Jahr 2016. – Zu Nr. 5: Die Naturschutzstation Malchow habe einen Mehrbedarf geltend gemacht, der in 2014 auch bewilligt worden sei. Darüber sei der Prozess zur Professionalisierung der Umweltbildungsarbeit mit finanziert worden, es seien eine Zertifizierung erfolgt und eine Ausstellung vervollständigt worden. – Zu Nr. 7: Das Freilandlabor Marzahn habe die Umweltbildungsarbeit aufgrund der wachsenden Nachfrage in Folge der Kooperation mit dem Imkerverein ausgeweitet.

Die Projekte zielten nicht speziell auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern stünden allen Menschen, vor allem Kindern und Jugendlichen, offen, wobei Migrantinnen und Mig-

ranten natürlich ganz erheblich an den jetzigen Angeboten der Umweltbildungsarbeit teilhaben würden. An der Programmierung seien auch Migrantinnen- und Migrantenorganisationen beteiligt, damit die speziellen Bedürfnisse entsprechend befriedigt werden könnten.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) erinnert an die Frage seiner Fraktion, warum zu Nr. 9 im Jahr 2014 keine Ausgaben erfolgt seien.

**Beate Profé** (SenStadtUm) erwidert, das Umweltbildungsangebot, das im Rahmen der IGA in den Jahren 2016 und 2017 erfolgen sollte, sei neu hinzugekommen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) ergänzt, der Posten Nr. 9 sei neu und in diesem Titel zuvor nicht vorgesehen gewesen. Daher sei im Jahr 2014 kein Ansatz dazu vorhanden gewesen.

**Antje Kapek** (GRÜNE) fragt, ob bei der Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen Festplatzes am Kurt-Schumacher-Damm die Frage der künftigen Bewirtschaftung geklärt sei. Wer zahle dafür – der Bezirk oder der Senat?

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) erwidert, der Grundsatzstreit sei zwischenzeitlich geklärt worden. Der Bezirk Mitte sei zuständig. Über die Umsetzung stehe man noch im Gespräch miteinander.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung –**

Frage Nr. 70, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Zusammenfassende Darstellung.

**Titel 70116 – Herstellung eines Grün- und Freiraumsystems an der Heidestraße –**

Frage Nr. 71, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

Frage Nr. 72, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Gesamtdarstellung der Kosten aus unterschiedlichen Kapiteln und Titeln. Was beinhaltet die Änderung der Förderzusage vom 2. Juni 2014? Wie begründet sich die Erhöhung der Gesamtkosten um ca. 5 Mio. €? Werden sich damit auch die Beiträge der Investoren erhöhen? Inwieweit können aus den veranschlagten Mitteln alle ursprünglich geplanten Maßnahmen finanziert werden? Wie ist der Stand des Städtebaulichen Vertrags mit der Deutschen Bahn? Inwieweit werden dabei 25% sozialer Wohnraum sichergestellt?

in Verbindung mit

Frage Nr. 7, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Gibt es neue Eigentümer für das Gelände?

Frage Nr. 73, Fraktion Die Linke

Bitte nähere Erläuterungen und Übermittlung einer Karte zum Grün- und Freiraumsystem.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt an, Frage lfd. Nr. 70 werde im Rahmen des Berichts zur Grün Berlin GmbH geklärt. Die Fragen lfd. Nrn. 71 bis 73 inklusive lfd. Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Tischvorlage würden im Rahmen eines gesonderten Berichts beantwortet.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt das Einvernehmen des Ausschusses zu diesem Vorschlag fest.

**Titel 82164 – Kauf von Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**

Frage Nr. 74, Fraktion Die Linke

Mauerparkerweiterung: Erläuterung zum Stand der Übertragung und ggf. weiteren Ankäufen.

**Katrin Lompscher** (LINKE) fragt, ob geplant sei, aus dem Titel weitere Grundstücksankäufe zu tätigen.

**Beate Profé** (SenStadtUm) verneint diese Frage. Der Ansatz berücksichtige die bei Vollzug des Grundstückskaufs zu zahlende Grunderwerbssteuer. Sie wisse im Moment von keinen anderen Ankäufen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage werde im Rahmen des Berichts zum Mauerpark Berücksichtigung finden.

**Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –**

Frage Nr. 75, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

Frage Nr. 76, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind zur Geländeerschließung am Kienberg durch den ÖPNV geplant?

Welche Maßnahmen sind im Naturpark Schöneberger Südgelände noch geplant? Wurden die Kostenschätzungen der Teil-Bauplanungsunterlagen aus den 90er Jahren überarbeitet?

Wie erklärt sich die Erhöhung um 1,6 Mio. € für die Modernisierung der technischen Infrastruktur und Anlagen im Britzer Garten?

Frage Nr. 77, Fraktion Die Linke

Bitte um Übermittlung der Teil-Bauplanungsunterlagen. Wie sind die Kosten für die Rückbaumaßnahmen von Zaunanlagen berücksichtigt, die den freien Zugang zum Kienberg nach der IGA 2017 ermöglichen?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen würden im Rahmen des Berichts zur Grün Berlin GmbH bzw. zur IGA beantwortet.

#### **Titel 89323 – Zuschüsse für Investitionen für umweltpädagogische Einrichtungen –**

Frage Nr. 78, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung über gepl. Wegfall

Frage Nr. 79, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Konnte das Projekt „Naturhof Malchow – Erhaltung und Inwertsetzung kulturhistorischer Substanz“ inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden?

Frage Nr. 80, Fraktion Die Linke

Welche Einrichtungen wurden bisher aus diesem Titel unterstützt? Was begründet den Wegfall dieses Titels trotz steigenden Bedarfs mit wachsender Bevölkerungszahl in Berlin? (Tierparkschule)

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

#### **Titel 89366 – Zuschüsse für Investitionen zur Durchführung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) –**

Frage Nr. 81, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zur IGA-Planung, u.a. Eintrittspreise, GRW-Mittel, Besuchererfahrungen z.B. aus BUGA.

Frage Nr. 82, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum Stand der Planung und zur Finanzierung, insbesondere der Einnahmeerwartung. Darstellung bestehender Verpflichtungsermächtigungen aus den vergangenen Jahren sowie Begründung der Verpflichtungsermächtigungen 2016 und zu erwartenden Vertragsabschlüsse.

Frage Nr. 83, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht: Darstellung der Investitionsmaßnahmen für die IGA.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) kündigt an, die Fragen würden im Rahmen des Berichts zur IGA beantwortet.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt dazu das Einvernehmen des Ausschusses fest.

**Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –**

Frage Nr. 84, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen, bes. zu Kulturforum, touristisches Leitsystem und Tempelhofer Feld. Neubau von Freiflächen am Kulturforum, Verschränkung mit den Planungen für Neubau Museum der Moderne?

Frage Nr. 85, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Darstellung Sachstand EPP erwartete Maßnahmen?

Frage Nr. 86, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erläuterung der Erhöhung der Gesamtkosten für den Neubau von Freiflächen am Kulturforum um über 3 Mio. € Sind die GRW-Fördermittel schon bewilligt?

Informationen zur Erweiterung des Touristischen Wegeleitsystems.

Bis wann ist die Fertigstellung des Entwicklungs- und Pflegeplans Tempelhofer Feld geplant? Ab wann werden Maßnahmen umgesetzt werden?

Frage Nr. 87, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Erläuterung der Planungen und Umsetzungsschritte im Zusammenhang mit dem B-Planverfahren, Übermittlung der Teil-Bauplanungsunterlagen zu 1. Mauerpark, 2. Kulturforum.

Zu 9. Tempelhofer Feld: Bitte um Darstellung des aktuellen Erarbeitungsstandes zum Entwicklungs- und Pflegeplan (EPP) und der bereits jetzt absehbaren Maßnahmen

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, die Fragen würden im Rahmen des Berichts zur Grün Berlin GmbH beantwortet.

## **Kapitel 1211 – Berliner Forsten**

### **Allgemein**

#### Frage Nr. 88, Piratenfraktion

Wie erklärt sich der starke Anstieg der Zahl der Beschäftigten in 2014, welche Zahlen für 2012 und 2013 sind korrekt (HH-Plan 2014/15 oder HH-Planentwurf 2016/17)?

Ist angesichts der problematischen Altersstruktur der Beschäftigten bei den Berliner Forsten eine Aufstockung des Personals perspektivisch angedacht? Wann und wie kann das Auszubildendenkontingent bei den Berliner Forsten erhöht werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, für alle bei den Berliner Forsten tätigen Auszubildenden, die von ihrer Leistung dafür in Frage gekommen seien, sei eine Entfristung der befristeten Verträge vorgenommen worden; sie seien also übernommen worden. Es handele sich dabei um sieben Vollzeitstellen.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) führt aus, der Anstieg der Beschäftigtenzahl hänge bedauerlicherweise nicht mit einem Aufwuchs der Stellen zusammen. Vielmehr würden die Forstwirte durch die Tarifänderung ab dem Jahr 2014 über IPV entlohnt. Zuvor seien sie händisch hinzuaddiert worden. In IPV seien sie bis dahin nicht enthalten gewesen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) konkretisiert, eine Aufstockung des Personals sei nicht vorgesehen. Im Rahmen der Einsparvorgaben von Senat und Abgeordnetenhaus finde eine Reduzierung des Personals statt. SenStadtUm habe gefordert, dass sich die Berliner Forsten auf die Kernaufgaben konzentrieren sollten, für die die Forstwirte zwingend erforderlich seien. Aus anderen Verpflichtungen – Müllbeseitigung im Wald, Unterhaltung von Waldparkplätzen bis hin zur Frage des Umgangs mit den Waldspielplätzen – sollten sie sich zurückziehen; diese Aufgaben sollten durch Dienstleister erledigt werden. Ob dies letztlich preiswerter sei, sei zwar ungewiss, hingegen habe man der Vorgabe der Stellenzahl zunächst einmal Rechnung tragen müssen.

Die Verwaltung bemühe sich darum, insbesondere die Auszubildenden bei Berliner Forsten zu halten, um die intendierte Verjüngung des Personals gewährleisten zu können. Berliner Forsten habe einen eigenen, größeren Personalüberhang, der nicht dem Gesamtpersonalüberhang des Landes Berlin angegliedert sei. Gemeinsam mit SenFin seien Lösungen gefunden und Ausnahmetatbestände begründet worden, da bestimmtes Personal aus dem Überhang tatsächlich nicht anderweitig einsetzbar sei. Hierdurch seien Außeneinstellungen bzw. die Übernahme von Auszubildenden möglich, um die Arbeitsfähigkeit des Bereichs sicherzustellen. Die Verwaltung nutze alle Möglichkeiten, die ihr im Rahmen der Haushalts- und Personalwirtschaft sowie der rechtlichen Gegebenheiten zur Verfügung stünden, um die personelle Lage bei Berliner Forsten zu verbessern. Durch einen verstärkten Abgang von Personal aufgrund der 63er-Regelung sei aktuell wieder etwas Spielraum vorhanden, auch jüngere Leute zu übernehmen bzw. Neueinstellungen vorzunehmen. Bis eine personelle Mischung bestehe, die die Berliner Forsten auch in der Altersstruktur zukunftsfähiger aufstelle, würden allerdings noch einige Jahre vergehen.



Die Zahl der Auszubildenden – 24 – werde gleichmäßig fortgeführt. Vermutlich werde man nicht immer alle übernehmen können, da nicht so viele freie Stellen zur Verfügung stünden und es auch nicht sinnvoll sei, die Zahl der Forstmitarbeiter jedes Jahr um die entsprechende Zahl der Auszubildenden zu erhöhen, die ihre Ausbildung abgeschlossen hätten. Man sei aber bemüht, die Kollegen entweder direkt zu übernehmen, um ihre Kapazitäten und Kenntnisse möglichst für sich selbst zu sichern, oder sie an andere Stellen zu vermitteln. Sie fänden auch alle eine Arbeitsstelle.

**Dr. Manuel Heide** (CDU) erkundigt sich nach dem Ansatz, aus dem jene Dienstleister bezahlt würden, die bestimmte Tätigkeiten übernehmen sollten, beispielsweise die Unterhaltung der jetzt geschlossenen Waldspielplätze.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) stellt klar, bislang seien nur zwei Waldspielplätze geschlossen worden. Die Bewirtschaftung der anderen zwölf erfolge im Moment weiterhin noch durch eigenes Personal, müsse aber schrittweise an Dienstleister übergehen. Die Mittel seien in Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten – enthalten.

**Daniel Buchholz** (SPD) bittet um Vorlage des Konzepts für die geplante Bewirtschaftung der Waldspielplätze durch Dritte. Einer der beiden aufgegebenen Waldspielplätze solle wieder aufgebaut werden: Warum dieser? Nach welchen Kriterien sei die Auswahl erfolgt? Wie sei bislang der Personaleinsatz gestaltet, wie solle er künftig aussehen? Welche externen Mittel seien vorgesehen?

Der Bericht möge zudem Stellung nehmen zu der Frage, inwieweit die Auszubildenden konkret von Berliner Forsten übernommen werden könnten, um so zur personellen Verjüngung beizutragen. Wie habe sich dies in den letzten Jahren entwickelt?

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) bittet um schriftliche Mitteilung, welche Kosten die Übertragung von Reinigungsarbeiten – an die BSR? – verursachen würde und wie der Stand der Planung dazu sei.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) bemerkt, die Titel, die mit diesen Fragen angesprochen seien, folgten erst noch. Er nehme die Berichtswünsche aber schon einmal auf.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) fragt nach, ob Berliner Forsten letztendlich gar nicht mehr zuständig sei werde für die Waldspielplätze, weil alle outgesourct würden.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) betont, die Waldspielplätze blieben grundsätzlich bei den Berliner Forsten. Auch die Sicherungspflicht verbleibe dort. Dienstleister würden lediglich damit beauftragt, die Spielgeräte zu unterhalten, die Reinigung und ggf. Ersatzbeschaffungen vorzunehmen u. Ä. Ab wann das für wie viel Waldspielplätze gelte, hänge auch von der Personalentwicklung ab. Es werde niemand entlassen, vielmehr würden Stellen nach Altersabgängen ggf. nicht wieder besetzt, um die entsprechenden Veränderungen vorzunehmen. Im Moment sei das Personal dafür zum Teil noch vorhanden, perspektivisch werde das nicht mehr der Fall sein.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

## **Titel 1116 – Benutzungsentgelte**

### Frage Nr. 89, Piratenfraktion

Bitte erläutern warum trotz Einnahmen von nahezu 300.000 € der Ansatz für 2016/17 nicht entsprechend erhöht wird.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erklärt, der Ansatz werde nicht verändert, da die Benutzungsentgelte nicht planbar seien. Die Verwaltung gehe aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre von einem Durchschnittssatz aus. Es sei nicht sinnvoll, den Ansatz stetig zu verändern. Gingen mehr Einnahmen als prognostiziert ein, sei das so.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 11193 – Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht –**

### Frage Nr. 90, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum fallen die Ansätze 2016/2017 mit 1.000 € angesichts des Ist 2014 von 514.746,98 € so bescheiden aus? Auf welche anderen Titel (neben Titel 52190) werden Ausgaben im Rahmen ihrer Zweckbestimmung verlagert?

### Frage Nr. 91, Piratenfraktion

Bitte um Erläuterung warum nur 1.000 € angesetzt wurden trotz hoher Einnahmen.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) erläutert, der Ansatz sei mit einer Platzhalterziffer versehen, da im Vorhinein nicht klar sei, wie viele Anträge auf Waldumwandlung gestellt würden.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) bittet um Erläuterung der Einnahme des Jahres 2014 in Höhe von 514 746,98 Euro.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, das Ist aus dem Jahr 2014 basiere nicht auf einer großen Maßnahme, sondern auf mehreren Maßnahmen. Da es durchaus möglich sei, dass in einem Jahr gar keine Einnahmen zu verzeichnen seien und erst in der Abrechnung die Entwicklung des Titels erkennbar sei, habe die Verwaltung sich dafür entschieden, den Titel mit einem Platzhalter zu versehen. Wenn Einnahmen im Haushalt veranschlagt würden, müssten sie auch geliefert werden. Geschehe dies nicht, ergebe sich daraus eine Mindereinnahme, die wiederum zu der Schwierigkeit führe, dass an anderer Stelle ein Ausgleich erbracht werden müsse. Die Verwaltung gehe insofern vorsichtig mit der Veranschlagung um. Da bei vorliegendem Titel eine saubere Kalkulation des Ansatzes nicht möglich sei, habe man darauf verzichtet, einen höheren Ansatz zu bilden, da das Risiko für die Berliner Forsten relativ hoch sei, einen Ausgleich an anderer Stelle erbringen zu müssen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 11978 – Abführung von Überschüssen –**

### Frage Nr. 92, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sind die reduzierten Ansätze für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen auskömmlich? Welche energetischen Sanierungsmaßnahmen sind geplant?

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) erläutert, der Titel enthalte Mittel für die bauliche Unterhaltung der Berliner Forsten. Es handele sich um einen Durchlaufposten; die Miet- und Pachteinnahmen gingen an den Geschäftsbesorger, derzeit die WoBeGe. Hierüber finde die Instandhaltung der diversen Gebäude inklusive der Waldschulen statt. Nicht aus allen Gebäuden ergäben sich Einnahmen; die Dienstgebäude z. B. erbrächten keine Mieteinnahmen. Insofern falle die Finanzierung stets etwas knapp aus, da die bauliche Unterhaltung aller Bereiche damit abgedeckt werde. In besonderen Fällen, beispielsweise bei der Grundsanierung des Grunewaldturms, erfolge allerdings Unterstützung.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) fügt hinzu, bei diesem Titel handele es sich um einen Überschusstitel. Es sei eigentlich ein Einnahmetitel, in dem aber auch Ausgaben gepflegt würden. Würden mehr Mittel benötigt, müssten diese im Zweifel aus anderen Bereichen bereitgestellt werden.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) erinnert an die noch unbeantwortete Frage, welche energetischen Sanierungsmaßnahmen geplant seien. Plane man überhaupt, energetisch zu sanieren?

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) erwidert, energetische Sanierungsmaßnahmen würden erfolgen und jedes Jahr im Rahmen der Möglichkeiten geplant. In der Regel beginne man mit der Dämmung und Sanierung der Dächer. Später erfolge schrittweise die Behandlung der Fassaden. Er biete an, eine nach Objekten unterteilte Liste zu erstellen, der zu entnehmen sei, was in den Jahren 2016/2017 geplant sei.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt nach Rückfrage an Herrn Abg. **Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) fest, dass die Antwort als ausreichend eingeschätzt werde. Die Frage sei damit erledigt.

## **Titel 12511 – Verkaufserlöse –**

### Frage Nr. 93, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich der Holzpreis und die Verkaufserlöse in den letzten 5 Jahren entwickelt? Welcher prognostizierte Holzpreis liegt den Ansätzen zugrunde?

### Frage Nr. 94, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Stellungnahme, woraus Mehrerlöse aus dem Holzverkauf resultieren.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte dazu eine tabellarische Auflistung.

### **Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –**

#### Frage Nr. 95, Fraktion Die Linke

Entstehung eines 4 km langen Waldklimapfades in den Jahren 2014-2017 im Berliner Grunewald: Bitte um nähere schriftliche Darstellung des Projektes und der öffentlichen Beteiligung dazu.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte auf Wunsch der Linksfraktion einen schriftlichen Bericht.

### **Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte) –**

#### Frage Nr. 96, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die dauerhafte Übernahme von wie vielen Auszubildenden ist in den kommenden 5 Jahren geplant?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) verweist auf seine Ausführungen zu Frage lfd. Nr. 88. Für die nächsten fünf Jahre könne er insofern noch keine Aussage machen, weil die Möglichkeit einer Übernahme der Auszubildenden von den verfügbaren Stellen abhängt. Bei 24 Auszubildenden könne der Stellenkegel bei Berliner Forsten nicht jedes Jahr entsprechend erhöht werden. Klar sei aber, dass möglichst viele, wenn nicht gar alle wie in diesem Jahr übernommen werden sollten.

**Daniel Buchholz** (SPD) verweist auf seine soeben schriftlich nachgereichten Fragen zum Thema Auszubildende – siehe Beschlussprotokoll –; diese sollten in Form eines Berichts beantwortet werden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den Fragen des Abg. **Daniel Buchholz** (SPD) werde ein Bericht erwartet.

### **Titel 51423 – Saat- und Pflanzgut, Düngemittel –**

#### Frage Nr. 97, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

1. Bitte um Erläuterung zur gepl. Verdoppelung, Ausweisung des Düngemittel-Anteils früher und zukünftig.
2. Bitte um Erläuterung, welche Maßnahmen sind aufgrund der Titelerhöhung geplant.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) stellt klar, nicht der Wald werde gedüngt, zumal das nach den Öko-Kriterien nicht vorgesehen sei, vielmehr würden geringe Düngemittelmengen für die Wiesen der Wildgatter eingesetzt, wo die Tiere u. a. etwas zu Fressen fänden. Die Steigerung beziehe sich auf eine höhere Saatgutgewinnung, um z. B. über die Eichelhäher eine Naturverjüngung bei der Eiche zu befördern.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) vergewissert sich, dass es nicht zu einer Verdoppelung der Ausweisung des Düngemittelanteils, sondern zu einer Verdoppelung des Saatgutes komme.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) bestätigt dies.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

#### **Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –**

##### Frage Nr. 98, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die Berechnungsgrundlage der Ausgaben für die Müllbeseitigung durch die BSR erläutern. Welche konkreten Leistungen sollen künftig von der BSR, welche weiterhin von den Forsten erbracht werden?

##### Frage Nr. 99, Fraktion Die Linke

Straßenreinigung und Winterdienst: wer führt die Arbeiten aus? Warum wird das landeseigene Unternehmen BSR von den Berliner Forsten quasi bezuschusst, wie bemessen sich die Gebühren?

Müllbeseitigung durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) in den Berliner Wäldern (neu): Bitte um einen ersten Bericht zur Einschätzung des Erfolgs des Pilotprojekts.

##### Frage Nr. 100, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Erläuterung, warum die Müllbeseitigung ab 2016 bereichsweise von der BSR ausgeführt werden soll. Welche Bereiche sind betroffen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, belastbare abschließende Zahlen lägen noch nicht vor, da der Pilotversuch mit der BSR gerade laufe. Hierzu könnten insofern höchstens Zwischenergebnisse mitgeteilt werden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, es folge ein entsprechender Bericht.

#### **Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten –**

##### Frage Nr. 101, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen; Bitte um Erläuterung auch der geplanten Maßnahmen zum Erhalt der Waldspielplätze; Bitte um Darstellung der Absenkung des Betrages, um durch eine Evaluation der Aufgaben/Kosten eine Neubewertung der Höhe des Ansatzes vorzunehmen.

##### Frage Nr. 102, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum erfolgt keine Anpassung der Ansätze (2016/2017: 1.060.000 €) an die gestiegenen Ausgaben (Ist 2014: 1.223.378,23 €)?

Frage Nr. 103, Fraktion Die Linke

Sind die Ansätze für die „eigentlichen Aufgaben“ der Berliner Forsten auskömmlich oder inwieweit ist der Bedarf an Forstschutzmaßnahmen höher?

Frage Nr. 104, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Aufschlüsselung der Einzelansätze für die verschiedenen Maßnahmen und die jeweiligen Veränderungen zum Ist 2014 und dem Ansatz 2015. Warum sind die Ansätze geringer als das Ist 2014?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

**Titel 52125 (neu) – Unterhaltung der Beweidungsflächen –**

Frage Nr. 105, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Erläuterung zur Neueinstellung.

Frage Nr. 106, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Durch wen erfolgt die Unterhaltung der Beweidungsflächen? Welche Tiere kommen dabei zum Einsatz?

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Wie sind die Beweidungskosten ermittelt worden und woran bemisst sich der Erfolg des 2014 beendeten Projektes?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erläutert, es handle sich um die Nachbewirtschaftung des Entwicklungs- und Erprobungsprojektes in Hobrechtsfelde. Dieses Beweidungsprojekt laufe aus. Zur weiteren Bewirtschaftung müssten Mittel im Haushalt nachgewiesen werden, daher sei der Titel neu eingestellt worden. Die Beweidung der Landschaft folge dem bisherigen Konzept unter Beibehaltung der Tiere und der Bewirtschaftung durch Landwirte.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) konkretisiert, die Beweidung erfolge weiterhin mit Rindern und Pferden. Die Auswertung des Projekts habe ergeben, dass die Biodiversität bereits im Projektzeitraum deutlich zugenommen habe. Von den großen Arten seien inzwischen z. B. der Biber und der Fischotter aufgetaucht. Der Landwirt erhalte für die Beweidung der ca. 700 Hektar auch landwirtschaftliche Fördermittel. Aus dem Verkaufserlös kalkuliere er die Einnahmen. Der Fehlbedarf sei das, was er vom Land – bzw. da, wo er Naturschutzgebiete beweidet, auch von der Naturschutzbehörde – hinzubekomme.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) erkundigt sich, ob es sich um einen Bio-Betrieb handle.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) bestätigt dies.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 52190 – Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen –**

Frage Nr. 108, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung zu geringem Ansatz.

Frage Nr. 109, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte erläutern, für welche Maßnahmen wann Mittel in welcher Höhe aus dem Restbetrag für 2014 i.H.v. mehr als 1,5 Mio. € verwendet werden sollen. Warum konnten die Mittel bisher nicht verausgabt werden?

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) äußert, der Titel enthalte die Walderhaltungsabgabe, A- und E-Mittel, wenn sie aus verschiedenen Projekten anfielen, Spenden, die z. B. für die Fütterung der Wildtiere in den Gattern eingingen und die Reitwegeabgabe, die zur Instandhaltung der Reitwege genutzt werde. Die Mittel seien übertragbar, würden am Jahresende also nicht verfallen. Sie würden beispielsweise für die Überlehmung der Rieselfeldflächen genutzt. Durch Bewaldung und das Einbringen von Lehm sei es gelungen, dass die hohen Schwermetalllasten, die auf diesen Flächen zu verzeichnen seien und sich Richtung Grundwasser bewegten, zum Stehen kämen und gebunden würden. Bei verschiedenen kleineren Renaturierungsflächen werde beispielsweise der Abriss von Gebäudeteilen oder Ähnliches vorgenommen. Auch das ehemalige Reifenwerk Schmöckwitz, das gerade über UEP in Bearbeitung sei, könnte bei der Aufforstung künftig aus diesem Titel bedient werden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 54010 – Dienstleistungen –**

Frage Nr. 110, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sind die Ansätze auskömmlich für die notwendigen Verkehrssicherungsarbeiten insbesondere im Umfeld der Erholungseinrichtungen (z.B. der Waldspielplätze), die von den Berliner Forsten nicht mehr geleistet werden können?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage werde im Rahmen des Berichts zu den Waldspielplätzen beantwortet.

**Titel 54039 – Haltung von Tieren –**

Frage Nr. 111, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Darstellung der zurzeit tatsächlich anfallenden Kosten.

Frage Nr. 112, Fraktion Die Linke

Erläuterung zur Haltung der Pferde.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) schildert, sechs Rückepferde kämen in Bereichen, die man mit großen Fahrzeugen nicht befahren könne oder wolle, für eine naturnahe Waldbewirtschaftung zum Einsatz.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) erläutert, der frühere Ansatz habe bei 20 000 Euro gelegen; das Ist 2014 weise rd. 25 000 Euro aus. Der Bereich sei schwer planbar, weil zuvor z. B. nicht ersichtlich sei, wie viel Tierarztkosten anfallen würden. Der neue Ansatz belaufe sich auf 30 000 Euro. Im Schnitt werde man damit auskommen. Würde aber beispielsweise eine Operation bei einem Pferd nötig, würde dies den Rahmen sprengen. Vorhersehbar seien solche Ausgaben nicht.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) fragt, ob die Verwaltung den Titel für auskömmlich halte. Jeder, der ein Pferd besitze, wisse, dass er mit ungefähr 500 Euro pro Monat kalkulieren müsse. Bei sechs Pferden kämen somit 36 000 Euro zusammen. Der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt. Es sei im Interesse aller, dass die Pferde gut versorgt seien.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) erkundigt sich, ob die sechs Pferde an einem Standort gehalten würden.

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) teilt mit, die Pferde seien in Zweiergruppen an drei Standorten untergebracht. Dabei sei berücksichtigt worden, dass sie sich schon von Jugend an kennen; in der Regel seien sie gemeinsam aufgewachsen. Zum Teil würden sie auch zu zweit arbeiten, beispielsweise wenn schwere Bäume herausgezogen werden müssten.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

#### **Titel 54109 (neu) – Mischwaldprogramm –**

##### Frage Nr. 113, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um schriftl. Bericht u.a. zu langfristiger Zeit- und Finanzplanung für den Waldumbau in Berlin. Gibt es eine Abstimmung mit Maßnahmen aus dem BEK/Machbarkeitsstudie Klimaneutrale Stadt 2050? – Titel anhalten

##### Frage Nr. 114, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden die Mittel für das Mischwaldprogramm nun zum Teil hier und zum Teil im Kapitel 1210 Titel 54106 (Aktionsprogramm „Urbane Natur“) etatisiert? Wie viele Mittel stehen insgesamt zur Verfügung?

##### Frage Nr. 115, Fraktion Die Linke

Wie viel Wald kann mit dem Ansatz in 2016 und 2017 umgebaut werden?

##### Frage Nr. 116, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Erläuterung zur Umsetzung dieses Titels. Warum wurde eine neue Haushaltstelle eingerichtet?



**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

**Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit –**

Frage Nr. 117, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um schriftl. Bericht u.a. zu Erfahrungen und Auslastung der mobilen Waldschularbeit sowie zum Zustand der Waldspielplätze; Titel anhalten.

Frage Nr. 118, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie teilen sich die Mittel für die einzelnen Waldschulen und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. auf? Sind die Mittel für die notwendigen baulichen Instandsetzungsarbeiten auskömmlich?

Frage Nr. 119, Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht zur Waldschularbeit.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde.

**Kostenträger 65497 – Erholungseinrichtungen –**

Frage Nr. 120, Fraktion Die Linke

Wie entwickelt sich die Anzahl der einzelnen Erholungseinrichtungen in den jeweiligen Forstrevieren? In welchem Verhältnis stehen Neubau, Reparatur und Abriss von Objekten?

**Elmar Lakenberg** (Berliner Forsten) erklärt, der Kostenträger umfasse beispielsweise die zwölf Kinderspielplätze, Bänke, Schutzpilze Waldlehrpfade etc., nicht hingegen die Waldschulen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

**Kostenträger 65498 – Müllbeseitigung –**

Frage Nr. 121, Fraktion Die Linke

Wie sieht das Müllvermeidungskonzept bei den Berliner Forsten aus?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) verweist darauf, dass zum Thema Müllbeseitigung – Fragen lfd. Nrn. 98 bis 100 – bereits ein Bericht angekündigt worden sei.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage lfd. Nr. 121 werde darin berücksichtigt.

## **Kapitel 1213 – Landesdenkmalamt**

### **Titel 11105 – Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung –**

#### Frage Nr. 122, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Weshalb werden die zu erwartenden Einnahmen so viel niedriger angesetzt als das Ist?

#### Frage Nr. 123, Fraktion Die Linke

Warum ist der Ansatz deutlich geringer als das IST 2014?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** äußert die Vermutung, dass auch bei diesem Titel unklar sei, welche Einnahmen zu erwarten stünden und deswegen ein niedriger Ansatz festgelegt werde, um Mindereinnahmen zu vermeiden.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) stellt klar, das Ist entspreche den Ausgaben für die Bezahlung der drei Beschäftigten, die die Gebührenbescheide erstellten.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** fragt nach, ob ggf. entstehende Mehreinnahmen an den Landeshaushalt abgeführt würden.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) bejaht dies.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

### **Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –**

#### Frage Nr. 124, Piratenfraktion

Welche Zuwendungen wurden in 2014 von wem zurückgezahlt und warum? Warum fallen die Einnahmeerwartungen 2016/17 so niedrig aus?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) teilt mit, im Jahr 2014 seien elf Rückzahlungen erfolgt. Die Gründe dafür seien unterschiedlicher Natur: Teilweise würden die Maßnahmen nicht zu Ende geführt, zum Teil fehlten die Eigenmittel, teilweise würden die Gelder nicht so eingesetzt, wie die Richtlinien es vorschrieben.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) bittet um eine schriftliche Aufschlüsselung der Fälle.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

### **Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –**

#### Frage Nr. 125, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Woher stammten diese Einnahmen? Weshalb fallen sie weg?

Frage Nr. 126, Piratenfraktion

Wir bitten um die Aufschlüsselung der wesentlichen Einnahmen aus diesem Titel in 2014.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erläutert, die Verwaltung erhalte Gelder von Verursachern zur Durchführung archäologischer Rettungsgrabungen. In vorliegendem Fall handele es sich um Bundesmittel für die Grabungen auf dem Schlossplatz. Diese seien im letzten Jahr beendet worden und würden derzeit noch ausgewertet. Die Gelder seien noch nicht vollständig verausgabt; es gebe noch einen Rest.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –**

Frage Nr. 127, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Alternativen zur Anmietung des BEHALA-Grundstücks, insbesondere landeseigene Grundstück, wurden geprüft?

Frage Nr. 128, Piratenfraktion

Wie hoch war die Anzahl der in 2014 geborgenen Bodenfunde?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) teilt mit, aus diesem Titel würden die Mieten für Räume zur Unterbringung der Berliner Bodenfunde gezahlt. Die Verwaltung habe sich Liegenschaften der Berliner Forsten, der Berliner Wasserbetriebe, der Feuerwehr, GASAG und Bewag angeschaut, dort aber keine geeigneten Räume gefunden. Letztlich habe man Zollspeicherräume bei der BEHALA angemietet, die besonders preisgünstige und gut erschlossenen seien.

**Antje Kapek** (GRÜNE) fragt, ob der ehemalige Tempelhofer Flughafen nicht auch ein interessanter Standort sei.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erwidert, das Landesdenkmalamt habe 4 000 Quadratmeter an einem Ort gesucht, was sich in Tempelhof nicht habe realisieren lassen. Dort seien ihnen nur sehr verstreut im Areal liegende Räume angeboten worden. Zudem sei in Tempelhof lediglich eine kurze Vertragsdauer möglich gewesen, während die Verwaltung einen Mietzeitraum von zehn Jahren angestrebt habe.

Die Anzahl von Bodenfunden werde seit 2007 ermittelt. Jährlich fielen etwa 450 sogenannte Fundkartons an, relativ große Kisten, in denen die Funde eingelagert seien. Rechne man den Inhalt der Kisten hoch, komme man auf 20 000 Einzelfunde, die bei den Grabungen jährlich geborgen würden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 52116 – Denkmalpflegerische Maßnahmen in Grünanlagen –**

Frage Nr. 129, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

Frage Nr. 130, Fraktion Die Linke

Warum Ansatz in 2016 und 2017 geringer als in 2015? Besondere Begründung für Absenkung bei Punkten 3 und 7?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, es ergehe ein schriftlicher Bericht.

**Titel 52610 – Gutachten –**

Frage Nr. 131, Fraktion Die Linke

Welche Gutachten sind vorgesehen, Maßnahmen sind zum weiteren Umgang mit dem Weiterbeantrag zur Nachkriegsmoderne erforderlich?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erläutert, für Gutachten stünden jährlich 1 000 Euro zur Verfügung. Wolle man den Antrag zur Doppelten Moderne tatsächlich noch einmal qualifizieren, wie auch die KMK es empfohlen habe, sei mit einem finanziellen Aufwand von ca. 120 000 Euro jährlich zu rechnen, und das über vier Jahre. Um so vorgehen zu können, müssten diese Summen erst einmal in den entsprechenden Haushaltsansatz gebracht werden.

**Katrin Lompscher** (LINKE) resümiert, 1 000 Euro sei die Mindestveranschlagung, damit der Titel überhaupt existiere. Offensichtlich habe man also gar keine gutachterlichen Mittel?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) bestätigt dies. Die Mittel würden in der Regel nur eingesetzt, wenn kleinere Gutachten benötigt würden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

**Titel 54052 – Bodendenkmalpflege –**

Frage Nr. 132, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Archäologische Grundlagenermittlung in Mitte, Warum geringerer Ansatz für 2016?

Frage Nr. 133, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

sowie

Frage Nr. 8, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Informationen zum Stand der Funde und weiteres Vorgehen in der Historischen Mitte

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) führt aus, der Ansatz für das Jahr 2016 falle etwas geringer aus als jener für das Jahr 2015, weil man in 2016 die Grabungen im Tempelhofer Flugfeld wieder aufnehmen wolle, und zwar an den zu entwickelnden Flächenrändern des Flugfeldes. Der Ansatz bei den anderen bodendenkmalpflegerischen Grabungen sei deshalb etwas reduziert worden, um insgesamt im Betrag eine bestimmte Höhe zu haben.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) äußert, der letzte Satz sei ihr nicht verständlich; Frau Dr. Wagner möge ihn näher erläutern. Sie sei davon ausgegangen, dass manch eine der im Haushaltsplan unter diesem Titel aufgeführten Maßnahmen im Jahr 2016 zu Ende geführt werde, sodass die Kosten dafür im darauffolgenden Jahr nicht mehr anfielen.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) betont, die Grabungen für Tempelhof seien in einem anderen Titel – Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – etatisiert. Bei Titel 54052 – Bodendenkmalpflege – wiederum würden die bodendenkmalpflegerischen Grabungen etatisiert, die prospektionsweise vorgenommen würden. In Berlin werde nach dem Verursacherprinzip verfahren; in aller Regel zahlten die Bauherren die Grabungen. Hier sei ein Budget vorhanden, mit dem Vorerkundungen vorgenommen werden könnten, beispielsweise in der Historischen Mitte Berlins. Bereits durchgeführt worden seien beispielsweise die Arbeiten beim Jüdenhof und Molkenmarkt.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) fragt, ob sie recht gehe in der Annahme, dass die Grabungen auf dem Gelände des Grauen Klosters im Jahr 2016 beendet würden und sich deshalb im Jahr 2017 kein Ansatz dazu finde, dass aber bei der archäologischen Grundlagenermittlung in Mitte im Jahr 2017 noch etwas anstehe und deshalb der Ansatz von 30 000 Euro im Jahr 2016 auf 50 000 Euro im Jahr 2017 steige.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) bestätigt dies. Begonnen werde am Marx-Engels-Forum; das Graue Kloster werde abgeschlossen.

**Antje Kapek** (GRÜNE) erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen in der Historischen Mitte – Molkenmarkt, Marx-Engels-Forum etc. Welche Orte würden derzeit untersucht, welche stünden in der Planung, untersucht zu werden? Was passiere mit den Orten? Würden sie in einen archäologischen Pfad integriert oder wieder zugeschüttet?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erläutert, in den Bereichen Jüdenhof und Graues Kloster hätten umfangreiche Ausgrabungen stattgefunden. Dabei habe man zunächst Bereiche definiert, die für denkmal- und erhaltenswert erachtet würden; diese seien inzwischen auch unter Denkmalschutz gestellt worden. In beiden Arealen werde momentan nicht gebaut. Dort gebe es auch noch keine verbindlichen Pläne. Die Planungen, die dort nun beginnen würden, könnten also auf die erhaltenswerten Bodendenkmäler abgestellt werden; diese könnten integriert werden.

**Staatssekretärin Regula Lüscher** (SenStadtUm) ergänzt, erst wenn der Wert der gefundenen Elemente denkmalpflegerisch eingeordnet worden sei, könne entschieden werden, ob sie nur dokumentiert und die Stellen wieder zuschüttet würden oder ob man sie z. B. als archäologische Fenster zugänglich mache. Entscheide man sich dafür, gewisse Stellen zugänglich zu machen, müsse dies im Laufe der weiteren Planung und dann auch in einem B-Plan festgelegt werden. In der Breite Straße beispielsweise habe man die Planungen so koordiniert, dass die Parzellierung wieder so sei, dass man einzelne Funde in den Kellergeschossen zugänglich machen könne. Das wären die weiteren Schritte; diese Detailplanung sei aber noch nicht erfolgt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 54053 – Veranstaltungen –**

Frage Nr. 134, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Erläuterung IST-Stand/geringerer Ansatz.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erklärt, am kommenden Wochenende finde der Tag des offenen Denkmals statt, im Oktober der Archäologentag. Im November folge die Verleihung der Ferdinand-von-Quast-Medaille. Diese drei Großveranstaltungen seien im Ist noch nicht erfasst gewesen. Die Mittel würden ausgeschöpft.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –**

Frage Nr. 135, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erklärt sich der Rest?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) teilt mit, der Rest umfasse noch nicht verausgabte Mittel der Ausgrabungen am Schlossplatz. Aufgrund der wissenschaftlichen Bearbeitung würden die Bundesmittel noch benötigt.

**Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –**

Frage Nr. 136, Fraktion Die Linke

Bitte um nähere Erläuterung der begonnenen und der geplanten Maßnahmen. Ist der gegenüber 2015 geringere Ansatz auskömmlich?

sowie

Frage Nr. 9, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Stand und weitere Planung.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) merkt an, in dem Titel seien die Ausgaben für die Ausgrabungen in Tempelhof etatisiert. Der Ansatz falle etwas geringer aus als in den Jahren 2012/2013, weil die Ausgrabungen nicht in dem Umfang benötigt würden, wie es damals für das Wohnungsbauprogramm in Tempelhof gedacht gewesen sei. Es handle sich vielmehr um geringere Eingriffe, daher auch um geringere archäologische Grabungen.

**Antje Kapek** (GRÜNE) bittet um Erläuterung des derzeitigen Stands und der weiteren Planung. Im letzten Jahr habe dort ein umfangreiches Forschungsprojekt in Kooperation mit der Universität stattgefunden. Bei diesem politisch nicht unwesentlichen Areal interessierten sie insofern nicht nur die Beträge, sondern vor allem auch die inhaltlichen Details.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) teilt mit, die Grabungen als solche seien erst einmal abgeschlossen, jedenfalls die in dem Umfang, wie sie ursprünglich für das Wohnungsbauprogramm durchgeführt worden seien. Derzeit würden die Funde untersucht. Zur Bedeutung und Aussage der Funde gebe es bereits diverse Arbeiten. Es stünden Überlegungen an, gemeinsam mit dem Alliiertenmuseum, das bereits eine Sonderausstellung unter Hinzunahme der Funde des Landesdenkmalamtes durchgeführt habe, zu einer entsprechenden archäologischen Ausstellung zu kommen, die möglichst vor Ort gezeigt werden solle. Diese Überlegungen seien noch nicht spruchreif. Die Entwicklung eines Geschichtspfades unter Beachtung der archäologischen Objekte sei hingegen schon fest in der Planung. Dazu fänden auch Gespräche am Runden Tisch statt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

#### **Titel 68463 – Zuschüsse zur Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres –**

##### Frage Nr. 137, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Warum keine direkte Kostenbeteiligung an Jugendbauhütte Berlin-Brandenburg?

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erläutert, eine direkte Kostenbeteiligung an der Jugendbauhütte sei bisher nicht im Haushalt realisiert worden. Wie viele andere Abteilungen fungiere auch das Landesdenkmalamt als Einsatzstelle. Derzeit arbeiteten sechs junge Leute als Bundesfreiwillige in der Archäologie. Eine finanzielle Beteiligung an der Jugendbauhütte würde Kosten in Höhe von rd. 120 000 Euro jährlich bedeuten. Eine eigene Berliner Jugendbauhütte würde Kosten von rd. 500 000 Euro jährlich aufwerfen. Im Haushalt müssten dafür also ganz andere Beträge etatisiert werden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

#### **Titel 89360 – Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes –**

##### Frage Nr. 138, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu Einzelprojekten (u.a. Jugendbauhütte).

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) teilt mit, inzwischen existiere eine umfangreiche Liste der Projekte. Jährlich seien 36 Projekte in unterschiedlichen Bezirken geplant, die

bezuschusst werden sollten. Aus diesem Titel dürften nur private, keine öffentlichen Eigentümer bezuschusst werden. Eine Bezuschussung der Jugendbauhütte aus diesem Titel sei schon einmal geprüft worden mit dem Ergebnis, dass es haushälterisch nicht möglich sei, daraus institutionell zu bezuschussen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Frage Nr. 139, Fraktion Die Linke

Aus dem Ansatz kann auch die Erfassung und Bestandsaufnahme der unter Denkmalschutz stehenden oder zu stellenden Objekte finanziert werden:

Welche Objekte sollen in 2016/17 für die Aufnahme in den Denkmalschutz geprüft werden; befindet sich darunter auch das ICC?

Wie wird mit dem Antrag auf UNESCO-Welterbe für das Hansaviertel und die Karl-Marx-Allee weiter verfahren; ist eine Neuanmeldung in Vorbereitung?

sowie

Frage Nr. 10, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Anhalten.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) erläutert, die Prüfung des ICC als Denkmalwert sei erfolgreich abgeschlossen worden. – Zum Hansaviertel und zur Karl-Marx-Allee habe die Kultusministerkonferenz die Empfehlung ausgesprochen, den Antrag auf UNESCO-Welterbe weiter zu qualifizieren. Dies sei allerdings mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden, den Berlin tragen und der für einen Haushalt angemeldet werden müsste. Das Landesdenkmalamt rechne mit 120 000 Euro für einen qualifizierten Antrag, und das über vier Jahre jährlich.

Das Landesdenkmalamt finanziere aus diesem Titel auch die Denkmaltopographien, und zwar in den Jahren 2016/2017 für Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg. Ebenso würden die sogenannten Bodendenkmaltopographien hieraus finanziert, also die Überarbeitung des Verzeichnisses archäologischer Funde und Fundstellen. Dabei handele es sich um Band 2 von fünf Berliner Altbezirken.

**Katrin Lompscher** (LINKE) fragt, welche weiteren Objekte für den Zeitraum 2016/2017 für die Unterschutzstellung vorbereitet würden.

**Dr. Karin Wagner** (Landesdenkmalamt Berlin) antwortet, bei der Überarbeitung der Denkmaltopographien Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg und der archäologischen Fundstellen würden einige Objekte von der Liste genommen, andere würden neu hinzugenommen. Dies erfolge in Abhängigkeit der Topographien systematisch und flächendeckend. Darüber hinaus gebe es Einzelfälle wie das ICC, bei denen der Eigentümer oder der Bezirk einen Antrag stellten. Dieser werde natürlich auch geprüft. Normalerweise werde aber flächendeckend verfahren.



**Liane Ollech** (SPD) erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren zum ICC.

**Senatsbaudirektorin Regula Lüscher** (SenStadtUm) erläutert, derzeit werde die Ertüchtigung des ICC für die geforderten Nutzungen geprüft. Momentan lege die Messe Berlin noch einmal dar, welche Anforderung an eine Nachnutzung durch sie erfolgen solle. Die Konzeptionen, die jetzt für diese Nachnutzung erstellt würden, erfolgten in enger Abstimmung mit der Denkmalpflege, sodass man, wenn das ICC unter Schutz gestellt werde, auch parallel dazu Aussagen machen könne, welche Eingriffe möglich seien. Hier möchte man zu vertiefteren Erkenntnissen kommen, damit nicht einfach eine Unterschutzstellung geschehe und niemand wisse, was das in Bezug auf die Weiterentwicklung wirklich bedeute. SenStadtUm habe sich daher mit SenWiTechForsch darauf verständigt, sich die Zeit zu nehmen, um parallel zu der Nutzungsweiterentwicklung des ICC so etwas wie einen Denkmalpflegeplan zu entwickeln, der Aussagen darüber treffe, an welcher Stelle welche Eingriffstiefen möglichen seien. Dies nehme eine gewisse Zeit in Anspruch.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

#### **Kapitel 1214 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Gemeinsame Landesplanung –**

##### **Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –**

###### Frage Nr. 140, Piratenfraktion

Bitte den Aufgabenbereich des/der leitenden Baudirektor/-in gemäß Stellenplan ab 2016 beschreiben.

**Dr. Petra Overwien** (Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg) erläutert, bei der Stelle des/der leitenden Baudirektor/-in handele es sich um eine A 16-Stelle für die Leitung des Referats GL 5, ein sogenanntes Vollzugsreferat der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg. Konkret gehe es hier um die Umsetzung der Raumordnungspläne und um regionale Kooperationen. Das Referat nehme einige Aufgaben wahr, die nach dem gesetzlichen Aufgabenkatalog insbesondere auch von der GL wahrzunehmen seien. Da gehe es um die Anpassung der Bauleitplanung, u. a. auch der Bauleitpläne aus Berlin, es gehe darum, die Raumordnungspläne umzusetzen, auch indem man die Ziele sichere, und es gehe um die Durchführung von Raumordnungsverfahren.

**Wolfram Prieß** (PIRATEN) erkundigt sich, wer die Aufgaben vorher erbracht habe.

**Dr. Petra Overwien** (GL Berlin-Brandenburg) antwortet, diese Aufgaben seien auch zuvor im Referat GL 5 wahrgenommen worden.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –**

### Frage Nr. 141, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu aktuellen Aufgaben und Fragestellungen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung; wie viele Brandenburger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der gemeinsamen Abteilung beschäftigt?

**Dr. Petra Overwien** (GL Berlin-Brandenburg) führt aus, die Landesplanungskonferenz habe am heutigen Morgen getagt und der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung den Auftrag übergeben, einen neuen gemeinsamen Landesentwicklungsplan für Berlin und Brandenburg zu erarbeiten. Das werde eine ganz maßgebliche Aufgabe für die nächsten zwei Jahre sein.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht über die weiteren wesentlichen inhaltlichen Aufgaben in den Jahren 2016/2017.

## **Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Städtebau und Projekte –**

### **Titel 11148 – Erhebung von Gebühren im Bauwesen –**

#### Frage Nr. 142, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen über hohes „Ist“ in 2014, warum geringere Ansätze in den Folgejahren?

#### Frage Nr. 143, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Weshalb werden angesichts des Ist die Einnahmen so niedrig angesetzt?

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) merkt an, mit der Veranschlagung der Einnahmen verfare die Verwaltung stets zurückhaltend, da die Vielzahl der Baugenehmigungen gebührenfrei sei. Im Jahr 2014 hätten ausnahmsweise einige Vorhaben ungewöhnlich viele Einnahmen erbracht, darunter zwei große diplomatische Bauten – die Botschaft Polens und das U.S. Konsulat. Man könne nicht davon ausgehen, dass sich diese Entwicklung verstetige.

**Antje Kapek** (GRÜNE) äußert ihre Verwunderung, dass die Verwaltung vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und dem Ziel von SenStadtUm, dass sich der Wohnungsbau verdreifache, nicht davon ausgehe, dass die Anzahl der Baugenehmigungen zunehme.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) verweist darauf, dass die Baugenehmigungsverfahren im Regelfall in den Bezirken durchgeführt würden. SenStadtUm sei insofern zwar informell mit einer Vielzahl von Verfahren befasst, könne aber nicht davon ausgehen, dass sich dies auch proportional in diesem Einnahmetitel widerspiegle.

**Stell. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

## **Titel 11901 – Veröffentlichungen –**

### Frage Nr. 144, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) erläutert, der Titel umfasse Einnahmen, die für aufwendige Produkte erzielt würden – Broschüren, CDs etc. –, die der Kommunikationsbereich von SenStadtUm herstelle. Dies werde hausübergreifend, abgestimmt auf die aktuellen Projekte, zusammengestellt. Die Jahresübersicht werde zu Anfang des beginnenden Jahres erstellt, bei der die Kolleginnen und Kollegen des Kommunikationsbereichs die einzelnen Projekte und den Kommunikationsbedarf mit den einzelnen Abteilungen abstimmen. Es könne stets nur vermutet werden, zu welchen Projekten im nächsten Jahr kommuniziert werde. Die genauen Ausgaben bzw. Einnahmen hingen davon ab, für welche Kommunikationsinstrumente man sich zu Jahresbeginn entscheide.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) fragt mit Blick auf den fehlenden Ansatz in den Vorjahren, ob eine neue Richtlinie eingeführt worden sei, wonach für diese Leistung ein Obolus zu fordern sei. In anderen Einrichtungen des Landes habe man sich angesichts des damit verbundenen hohen Aufwandes entschieden, diesen nicht mehr zu erheben.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) stellt klar, in der Regel versuche die Verwaltung, zu kommunizieren, ohne Kosten zu erheben; SenStadtUm habe eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit. Der Titel spiegle die organisatorischen Veränderungen im Hause wider. Ursprünglich sei der Kommunikationsbereich in der früheren Architekturwerkstatt bei der Senatsbaudirektorin angesiedelt gewesen. Der Bereich sei neu aufgestellt worden und erscheine nun so auch im Haushalt.

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –**

### Frage Nr. 145, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aus welchem Grund rechnet der Senat mit einem Wegfall der Einnahmen?

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) teilt mit, dieser Einnahmetitel sei nur in den Jahren 2012 bis 2014 benötigt worden, als es zu Rückzahlungen im Zusammenhang mit dem Projekt Tempelhof gekommen sei. Hier stünden keine weiteren Rückzahlungen mehr zu erwarten.

**Antje Kapek** (GRÜNE) erkundigt sich, wofür die Rückzahlungen erfolgt seien.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) sagt zu, diese Antwort schriftlich einzureichen.

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, der Ausschuss erhalte dazu eine schriftliche Information.

### **Titel 33122 – Zuweisungen des Bundes für sonstige Investitionen –**

#### Frage Nr. 146, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterungen über hohe Einnahmen in 2017.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) erläutert, es handele sich um die Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel. Viele Jahre sei man in der glücklichen Lage gewesen, dass man die Investitionskosten im Prinzip aus den laufenden Einnahmen, aus den Ausgleichsbeträgen, habe decken können. Deswegen seien auch immer nur provisorische Ausgaben- und Einnahmeansätze für die Bundes- und die Landesseite vorgesehen gewesen. Man komme nun in die Endphase der Entwicklungsmaßnahme; in weiten Bereichen sollten Entlassungen aus dem Entwicklungsstatus vorgenommen werden. Je weiter man in der Entwicklungsmaßnahme fortschreite, umso geringer würden die Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen sein. In Zukunft werde es deshalb von der Bundesseite aktiv die verabredeten Zuschüsse geben müssen. Das spiegle sich in diesem Einnahmetitel wider.

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher** (LINKE) hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

### **Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –**

#### Frage Nr. 147, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu einzelnen Vorhaben.

Rathausforum: Darstellung geplanter Maßnahmen.

Berlin Mitte: präzise Darstellung geplanter Maßnahmen.

Archäologischer Pfad: Welche Standorte? Warum unterschiedliche Ansätze 2016/17?

#### Frage Nr. 148, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rathausforum: Bericht zum geplanten Zeitplan, den vorbereitenden und städtebaulichen Untersuchungen sowie zur den Zielen und Modalitäten der Ausschreibung und Einsetzung eines Trägers zur Steuerung der Gesamtentwicklung.

Berlins Mitte: Welchen räumlichen Umfang hat das Gebiet zu dem die Untersuchungen geplant sind? Bitte um detaillierte Informationen zu den Untersuchungen zum Thema Wohnen in der historischen Mitte.

Archäologischer Pfad: Welche weiteren Standorte sollen untersucht werden?

Bitte um Informationen zum Projekt „Baukultur und Klimaschutz“.

in Verbindung mit

Frage Nr. 11, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Infos zur baulichen Umsetzung des archäologischen Pfades

Frage Nr. 149, Fraktion Die Linke

1. Rathausforum: Bitte um schriftl. Bericht zur Notwendigkeit der Einsetzung eines Trägers zur Steuerung der Gesamtentwicklung.
2. Berlins Mitte: Bitte um Darstellung des geplanten Untersuchungsauftrags; warum Ansatz erst in 2017 und nicht bereits in 2016?

Frage Nr. 150, Piratenfraktion

Wie hoch war der kostenmäßige Gesamtanteil (ist) des Beteiligungsverfahrens „Alte Mitte, neue Liebe“ an diesem Einzeltitel in 2014 und 2015? Warum wird der Ansatz für 2016 reduziert?

**Wolfram Prieß (PIRATEN)** bittet ergänzend zur Frage seiner Fraktion um schriftliche Darstellung, wie die Perspektive für das Beteiligungsverfahren aussehe, und zwar bezogen auf den Ansatz für 2016.

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher (LINKE)** stellt Einvernehmen des Ausschusses fest, dass zu allen o.g. Fragen ein schriftlicher Bericht erstellt werden solle.

**Titel 52611 – Städtebauliche Wettbewerbe –**

Frage Nr. 151, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu einzelnen Vorhaben

Städtebaulicher Wettbewerb Elisabethhaue, Darstellung, Verfahren und Auftragsinhalt, Städtebaulicher Wettbewerb „Berliner Mitte“, Darstellung, Verfahren, Erläuterung der unterschiedlichen Ansätze.

Frage Nr. 152, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Informationen zum städtebaulichen Wettbewerb Historische Mitte, insbesondere zum Zeitplan und den Kostenansätzen.

in Verbindung mit

Frage Nr. 12, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Informationen zum städtebaulichen Wettbewerb Elisabethhaue

Frage Nr. 153, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht

Erläuterung des IST 2014; welche Wettbewerbe sind durchgeführt worden und wie geht es bei diesen Vorhaben weiter?

Zu 1.: zur Notwendigkeit und zum Inhalt eines städtebaulichen Wettbewerbs Elisabethaue.

Zu 2.: um welche Einzelstandorte für Wohnungsbauvorhaben handelt es sich?

Zu 3: warum ausschließlich städtebaulicher Wettbewerb „Berliner Mitte“ und nicht auch freiraumplanerischer Wettbewerb?

Zu 4.: Städtebaul. und freiraumpl. Wettbewerb Tierpark Friedrichsfelde und Umfeld: Welche Rolle soll der Masterplan spielen und inwiefern soll der städtebauliche Wettbewerb Wohnbaustandorte und Standorte sozialer Infrastruktur definieren?

Zu allen Punkten: geplante Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und der Kooperation mit den Bezirken.

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher (LINKE)** hält fest, der Ausschuss erwarte einen schriftlichen Bericht.

**Titel 53121 – Bürgerbeteiligung an Planungen –**

Frage Nr. 154, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erklärung des niedrigen Ist 2014 sowie des Abgangs der gesamten Mittel in der Ist-Liste 2015? Weshalb ist der Senat scheinbar der Auffassung, dass bei komplexen Planungsverfahren keine über die im Baugesetzbuch geregelten Beteiligungsschritte notwendig sind?

Frage Nr. 155, Fraktion Die Linke

Worin ist die Verdopplung des Ansatzes begründet? Welche Verfahren (Veranstaltungsorte, Beteiligungsformen, Einbindung der breiten Öffentlichkeit) zu welchen konkreten Stadträumen sind geplant? Welche Ausschreibungsmodalitäten (Anforderungen an Dienstleister) sind vorgegeben?

**Stellv. Vorsitzende Katrin Lompscher (LINKE)** merkt an, zu diesem Thema werde ein übergeordneter Bericht erstellt.

**Titel 53314 – Baukollegium –**

Frage Nr. 156, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zum Baukollegium.

Frage Nr. 157, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Begründung der Erhöhung des Titels. Inwieweit gibt es Überlegungen die Sitzungen des Baukollegiums transparenter zu gestalten, um eine öffentliche Debatte über Baukultur zu ermöglichen?

Frage Nr. 158, Fraktion Die Linke

Für öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu einzelnen im Baukollegium besprochenen Themenstellungen: Welche Themen und wie viele Veranstaltungen sind vorgesehen?

Frage Nr. 159, Piratenfraktion

Welche Form der Öffentlichkeitsarbeit ist geplant?

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) teilt mit, die Verwaltung sehe Anpassungsbedarf bei der Vergütung der Baukollegiumsmitglieder. Die Sitzungen würden regelmäßig wahrgenommen, und bei einzelnen Projekten, beispielsweise den Bürgerworkshops zum Alexanderplatz, habe man Wert darauf gelegt, dass die gestalterische Expertise von Baukollegiumsmitgliedern im Verfahren genutzt werden könne. Das führe dazu, dass man in Zukunft entsprechend den Honorarsätzen, die normalerweise im Wettbewerbswesen für Gutachter und Experten üblich seien, honorieren wolle.

Zum Thema Öffentlichkeitswirksamkeit des Baukollegiums: Vom Grundsatz her gehe man weiterhin davon aus, dass für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Bezirken, die in der Regel die Projektverantwortung trügen, den Projektentwicklern, Bauherrn, dem Baukollegium und SenStadtUm vertrauliche Sitzungen hilfreich seien. Das habe sich aus Sicht seiner Verwaltung wie auch aus Sicht der Bezirke bewährt. Es sei aber bekannt, dass sich gestalterische Fragen oft nicht in der Diskussion von Einzelprojekten abschließend abhandeln ließen. Deswegen wolle man nicht nur am Alexanderplatz, sondern in Zukunft vermutlich auch bei weiteren Standorten, bei denen es um grundsätzliche gestalterische Fragestellungen gehe, auch Baukollegiumsmitglieder in die Projektarbeit von SenStadtUm einbeziehen. Dies stelle allerdings nur eine Ergänzung des bewährten Verfahrens dar, das SenStadtUm bisher im Baukollegium praktiziere.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) bemerkt, das Verfahren im Baukollegium sei sehr angenehm; sie bedauere, dass sie nicht stets die gesamte Zeit dabei sein könne. Die Diskussionen seien sehr konstruktiv und zielführend. – Wenn SenStadtUm verstärkt öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu einzelnen Punkten stattfinden lassen wolle: Seien diese in dem Titel inkludiert, schließlich sei dies Teil der Erläuterung zum Titel? Welche Vorstellungen bestünden dazu, die Debatten vielleicht nicht in Gänze, aber doch in Teilen öffentlicher zu gestalten?

**Antje Kapek** (GRÜNE) äußert, es sei sinnvoll, dass ein Baukollegium bestehe. Bei der Diskussionsveranstaltung der Architektenkammer zur Ausgestaltung des Baukollegiums sei allerdings von allen Experten darauf hingewiesen worden, dass es deutliche Defizite im Bereich der Transparenz gebe. Das Modell in Städten wie München und Regensburg habe sich bewährt, wo man genauso vertrauensvoll, aber öffentlich und transparent tage. Über die Vergü-

tung könne man reden, sie sollte aber einhergehen mit einer größeren demokratischen Legitimation. Sollte dies nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden, müsste man sich mit diesem Thema auf andere Art und Weise parlamentarisch befassen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

**Titel 54007 – Vorarbeiten im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren –**

Frage Nr. 160, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu den Projekten der Bauleitplanung.

Frage Nr. 161, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Alexanderplatz: Bericht zu den 2016/17 geplanten Maßnahmen inkl. Zeitplan

Kulturforum: Bericht zum Zeitplan, Maßnahmen und geplanten Beteiligungsformen. Inwieweit ist eine Überarbeitung des Masterplans Kulturforum angesichts des Museums des 20. Jahrhunderts geplant? Welche Punkte soll diese beinhalten?

Klosterviertel: Bericht zum Stand des B-Planverfahrens mit geplantem Zeitplan und aktuellem inhaltlichen Stand.

Spittelmarkt: Bericht zum Stand des B-Planverfahrens mit geplantem Zeitplan und aktuellem inhaltlichen Stand.

in Verbindung mit

Frage Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

City West: Planungsstand des Riesenradgrundstücks.

Frage Nr. 162, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu den einzelnen Stadträumen, warum ist keine Erhöhung des Ansatzes vorgesehen, obwohl der Senat bereits bezirkliche Vorhaben an sich gezogen hat und weitere an sich zu ziehen gedenkt?

**Dr. Manuel Heide** (CDU) bittet darum, dass der Bericht auch Auskunft darüber geben solle, welcher Betrag für den Kauf des Grundstücks hätte aufgewendet werden müssen, wenn der Senat sein Vorkaufsrecht wahrgenommen hätte.

Als **Vorsitzender** halte er fest, dass der Ausschuss einen Bericht erwarte.



## **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

### Frage Nr. 163, Fraktion Die Linke

5. Externe Unterstützung zur Betreuung und Koordinierung des Landesdenkmalrates: Inhalt der Ausschreibung und des Aufgabenkatalogs; wer ist der beauftragte Dienstleister und bis wann ist die Beauftragung befristet?

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) führt aus, der Landesdenkmalrat werde im Bereich der Obersten Denkmalschutzbehörde betreut. Hier verhalte es sich ähnlich wie im Baukollegium: Die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der einzelnen Sitzungen sei sehr personalintensiv. Aus diesem Grund sollten die Kollegen in diesem Bereich größere finanzielle Spielräume bekommen. Auch im Landesdenkmalrat hätten die Diskussionen und die Häufigkeit der Sitzungen eher zu- denn abgenommen.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) fragt, ob er recht gehe in der Annahme, dass bei der externen Unterstützung bzw. dem beauftragten Dienstleister auch das Catering enthalten sei.

**Manfred Kühne** (SenStadtUm) erwidert, es sei üblich, auch ein bescheidenes Maß an Bewirtung zu bieten, wenn man sich zu ganztägigen Sitzungen zusammenfinde; dieses müsse insofern auch finanziert werden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

## **Titel 54065 – Vorbereitung von größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben –**

### Frage Nr. 164, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um detaillierte Informationen; u.a., unter Berücksichtigung der Frage, ob das Band des Bundes in diesem Titel enthalten ist

Rathausforum: Kosten- und Finanzierungsplan für was? Wie wird Partizipationsprozess in 2016 gesteuert? Warum kein Ansatz für 2016?

### Frage Nr. 165, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rathausforum: Wie teilen sich die Mittel für einen Träger für die Entwicklung auf diesen Titel und den Titel thematische Untersuchungen 1220 52609 auf? Weshalb wurde diese Aufteilung vorgenommen?

### Frage Nr. 166, Fraktion Die Linke

Zu 1: Arbeiten im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung des Projektes Europacity/

Heidestraße: hat sich der Investor/Grundstückseigentümer an den Kosten der Arbeiten beteiligt? Um welche Arbeiten handelt es sich?

Zu 2: Erläuterung zum beabsichtigten Trägermodell für die Berliner Mitte und der Verwendung der VE in Höhe von 2,5 Mio. €

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält das Einvernehmen des Ausschusses fest, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werden solle.

**Titel 68341 – "Zuschüsse für die Vorbereitung eines Besucherzentrums "  
"Archäologisches Haus am Petriplatz" –**

Frage Nr. 167, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen, insb. Zeitablauf.

Frage Nr. 168, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zum aktuellen Stand des Besucherzentrums „Archäologisches Haus am Petriplatz“ inkl. geplanten Zeitplans.

in Verbindung mit

Frage Nr. 14, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tischvorlage)

Geplante Kosten und Kostenentwicklung des „Archäologischen Haus am Petriplatz“

Frage Nr. 169, Fraktion Die Linke

Wie kann der Titel auskömmlich sein, wenn er gegenüber 2015 erheblich abgesenkt worden ist? Welche Vorhaben sind konkret geplant?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werden solle.

**Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

Frage Nr. 170, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Mdl. Informationen

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, die Frage habe sich erledigt und gelte als zurückgezogen.

**Titel 89364 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des  
ehemaligen Flughafens Tempelhof –**

Frage Nr. 171, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um weitere Informationen zu projektierten Maßnahmen; Bitte um Auflistung der Maßnahmen zur Entwicklung des Gebäudes, welcher prozentuale Anteil der Mietfläche ist kurz- und mittelfristig zur Unterbringung von Asylbegehrenden vorgesehen?

Frage Nr. 172, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Aufschlüsselung der geplanten Kosten inkl. der Verpflichtungsermächtigungen. Informationen zu den geplanten baulichen Maßnahmen zur Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes. Informationen über die zum Teil längerfristigen Verträge im Zusammenhang mit der Gebäudebewirtschaftung.

Frage Nr. 173, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht:

- Auswirkungen der geplanten Unterbringung von Flüchtlingen auf bisherige Planungen.
- Warum ist der Ansatz gegenüber 2015 nur geringfügig gesenkt worden, obwohl „die Fokussierung der Maßnahme auf die Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes aufgrund des Ergebnisses des Volksentscheides insgesamt zu geringeren Personal- und Sach-/Transferkosten führt“ (S. 159)?
- Darstellung der Ausschreibungen und der Inhalte längerfristiger Verträge im Zusammenhang mit der Gebäudebewirtschaftung.
- Übersicht über bestehende Mietverhältnisse und Mieteinnahmen
- Erläuterung zum dritten Punkt „Dauermietflächen nach Renditeerwartung gestaffelt zu aktivieren“.
- Darstellung der geplanten touristischen Maßnahmen; ist darin die Entwicklung von Gedenkorten zur Geschichte des Ortes enthalten?

Frage Nr. 174, Piratenfraktion

Welche Mieteinnahmen hat die THF Projekt-GmbH in 2014 erzielen können, und in welchem prozentualen Verhältnis stehen diese Einnahmen zu den tatsächlich erhaltenen Zuschüssen?

Welcher zukünftige Kostendeckungsgrad ist ab 2016 geplant?

Wie wird sich die Insolvenz der „Bread&Butter“ als Ankermieterin auswirken?

Ist zukünftig, durch öffentliche Nutzungen wie die angedachte Außenstelle des LA-GeSo für die Bearbeitung von Anliegen der Asylbegehrenden, mit erhöhtem Zuschussbedarf zu rechnen?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Fragen würden im Rahmen des Berichts zu Tempelhof beantwortet.

**Titel 89443 – Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel –**

Frage Nr. 175, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterungen zu hohem Ansatz in 2017/Band des Bundes/Bürgerforum.

Frage Nr. 176, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zu den geplanten Maßnahmen.

Frage Nr. 177, Fraktion Die Linke

Wie viele Forderungen nach Ausgleichsbeträgen sind vor Gericht anhängig, mit welchen Beträgen? Begründung des mit 7 Mio. € deutlich höheren Ansatzes 2017.

Bitte um schriftl. Auflistung der geplanten städtebaulichen Maßnahmen mit Zeitschiene.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, der Ausschuss erhalte einen schriftlichen Bericht.

## **Kapitel 1280 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –**

### **Titel 11147 – Grundwasserentnahmeentgelt –**

#### Frage Nr. 178, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Benennung der Maßnahmen, die nach dem Berliner Wassergesetz aus dem Grundwasserentnahmeentgelt finanziert werden sollen.
2. Bitte um Begründung des Ansatzes von 54,9 Mio., da IST über 55 Mio. liegt.

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) erklärt, dass dem Ansatz eine konservative Schätzung zugrunde liege. Die Einnahmen hingen von der Menge der realisierten Bauvorhaben, bei denen Gebühren für Grundwasserhaltung anfielen, und vom Grundwasserverbrauch ab.

Die erste Frage nach den Maßnahmen sei dem Parlament bereits im Zusammenhang mit der Schriftlichen Anfrage 17/15825 von Frau Gebel beantwortet worden. Sie biete an, die darin enthaltenen Lise dem Ausschuss noch einmal zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, dass der Ausschuss dieses Angebot annehme und die Frage damit erledigt sei.

### **Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz –**

#### Frage Nr. 179, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung der Entstehung der Gebühren für a) und b). Wie viele Gebührenzahler sind es jeweils? Warum liegt der Ansatz unter dem IST?

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) stellt fest, dass die Gewässeraufsicht rund 1 150 zahlungspflichtige Erlaubnisse für Erdwärmesondenanlagen, die Einleitung von Abwasser, die Versickerung von Niederschlagswasser, Grundwasserabsenkungen, Brunnenerrichtungen, Grundwasserbenutzungen und Wärmepumpenanlagen bearbeitet habe. Es werde aber nicht erfasst, wie viele Vorgänge es in den einzelnen Bereichen gegeben habe.

Im Jahr 2014 habe es bei der Strahlenmessstelle 919 Gebührenzahler und 102 000 Überwachungen in der Personendosimetrie gegeben.

Die Einnahmen beruhten auf Schätzungen, die auf den Erfahrungen der Vorjahre beruhten.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

### **Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –**

#### Frage Nr. 180, Piratenfraktion

Wir bitten um eine Beschreibung des Einsatz- und Aufgabengebietes des Dienstbootes "Glienicke" für die Überwachung und den Zustand der Fischbestände der Berliner Gewässer.

Wo sind die Betriebskosten des Fischereiforschungsschiffs "Piscator" etatisiert?

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) führt aus, dass in diesem Kapitel nur das Dienstboot Glienicke enthalten sei. Dieses diene nicht der Überwachung von Fischbeständen o. Ä., sondern der Entnahme gesetzlich vorgesehener Proben aus den Berliner Gewässern und der Beobachtung.

Die Piscator sei im Kapitel 1281 – Fischereiamt – etatisiert.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

### **Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –**

#### Frage Nr. 181, Piratenfraktion

Werden die Anlagen mit 100% Strom aus erneuerbaren Energien versorgt?

Von welchem Anbieter wird der für die kommenden Haushaltsjahre verteuerte Strom bezogen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, dass es sich hierbei um Strom handele, der im Rahmen des Landesvertrags und zu den darin verhandelten Konditionen bezogen werde. Insofern stamme er zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

### **Titel 52104 – Unterhaltung des Grundwasserbeobachtungsnetzes –**

#### Frage Nr. 182, Fraktion Die Linke

Bitte um Darstellung, inwieweit die Ansätze auskömmlich sind, um die Messstellen so zu unterhalten, dass die Berechnung des höchsten Grundwasserstandes aktuell und das geplante Modell interaktiv ist, indem neueste Stände eingespeist und von der Bevölkerung abgerufen werden können (siehe Titel 11149, S. 371).

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) konstatiert, dass der Ansatz erfahrungsgemäß auskömmlich sei. Es gehe um das Grundwassermessnetz, das zunehmend auf Digitaltechnik umgestellt werde. Dadurch könnten die Daten in der Messzentrale direkt weiterverarbeitet werden. Seit kurzem könnten die höchsten zu erwartenden Grundwasserstände des Urstromtals und des Panketals grundstücksbezogen online im Umweltatlas nachvollzogen werden. Weitere Bereiche würden sukzessive umgestellt. Die Onlineabfrage sei kostenfrei, was dazu führen

könne, dass die Einnahmen im Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz – leicht zurückgingen.

**Marion Platta** (LINKE) möchte wissen, ob die Hinweise des runden Tisches Grundwasser-managements bei der Umstellung auf das digitale System berücksichtigt würden.

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) erklärt, dass es sich um ein flächendeckendes Netz handele. Die beiden Bereiche seien schneller als andere online gestellt worden, da es dazu bereits Vorarbeiten gegeben habe. Die Gründe seien eher technischer als inhaltlicher Natur gewesen und hätten nichts mit einer Schwerpunktsetzung zu tun gehabt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

#### **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

##### Frage Nr. 183, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Erläuterungen zu Nr. 10: Sind die Ausgaben mittelfristig ausreichend?

Bitte um Erläuterung des deutlich gestiegenen Mittelansatzes für die sonstigen Lohnaufträge (2014: 72.000 Euro, 2016 = 92.000 Euro).

Bitte um Erläuterung des Mittelansatzes für das Sulfatmanagement. Welche Maßnahmen sind in den 90.000 Euro jährlich geplant, warum ist nicht mit einem Anstieg der benötigten Mittel zu rechnen?

Titel anhalten

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) erläutert, dass sich der Mehrbedarf insbesondere in der Strahlenmessstelle aus der Akkreditierung, die man erlangt habe, begründe. Hinzu kämen neue Gebührenpflichten gegenüber dem Landesamt für das Mess- und Eichwesen.

**Daniel Buchholz** (SPD) erbittet zum 2. Lesung einen schriftlichen Bericht zum Komplex Sulfat.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass der Ausschuss zur 2. Lesung einen Bericht zum Komplex Sulfat anfordere.

##### Frage Nr. 184, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

9. Umsetzungen von EG-Richtlinien

Bitte um Benennung der erarbeiteten Grundlagen für WRRL und Hochwassermanagementrichtlinie.

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) teilt mit, dass bisher Gewässerentwicklungskonzepte für die Panke, das Tegeler Fließ, die Erpe, die Wuhle und den Müggelsee entwickelt worden seien. Es folge ein Konzept für die Spree. Hinzu kämen Konzepte für lokale und weiterge-

hende wissenschaftliche Fragestellungen sowie biologische und chemische Gewässeruntersuchungen.

Zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie seien Gefahren- und Risikokarten erarbeitet worden. Für ein hundertjähriges Hochwasserereignis seien Karten als Grundlage für die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten erstellt worden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frage Nr. 185, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10. Sulfatmanagement

Wie ist der Status des Sulfatmanagements, wofür werden welche Mittel im Detail eingesetzt, was haben diese bewirkt und wofür plant der Senat in 2016 und 2017 den Mitteleinsatz angesichts der zunehmenden Herausforderungen infolge steigender Sulfatbelastung im Spreegebiet durch den Braunkohlebergbau?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage werde im Rahmen des Berichts „Sulfat“ beantwortet.

Frage Nr. 186, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. Grundwassermanagement

Bitte um Benennung der zu untersuchenden Orte, sowie Untersuchungszeitraum.

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) klärt auf, dass sich diese Untersuchungen auf ganz Berlin und nicht allein auf Gebiete mit hohen Grundwasserständen erstreckten. Es gehe um das Grundwassermanagement zur Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins. Dies geschehe auf der Grundlage der aktuellen Datenlage und sei zeitlich nicht eingeschränkt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frage Nr. 187, Fraktion Die Linke

Warum Absenkung des Ansatzes?

Zu Punkt 10: Sulfatmanagement im Spreegebiet zur Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins: bitte schriftl. Bericht zur Methode und zur Effektivität; Entwicklung der Sulfatwerte in den letzten 10 Jahren.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, die Frage werde im Rahmen des Berichts „Sulfat“ beantwortet.



**Titel 54016 – Ermittlung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen –**  
**Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –**  
**Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund –**

Frage Nr. 188, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Auflistung der jeweiligen Maßnahmen mit jeweiligen Kosten (Benennung Anteil Bund+Land) und geplanten Abschlusszeitraum.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

**Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –**

Frage Nr. 189, Piratenfraktion

Wir bitten um kostenintensive Beispiele für die Beseitigung von Bodenverunreinigungen aus dem Ist von 8,4 Mio. € aus dem Jahr 2014. Auf welcher Grundlage ergeben sich die Ansätze für 2016/17?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

**Titel 67138 – Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen –**

Frage Nr. 190, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung des IST von 2014 und 2015.

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) schickt vorweg, dass der Titel das Wasserwerk Johannisthal und die Oberflächenwasseraufbereitungsanlage Tegel betreffe. Aufgrund des hohen Alters hätten im Wasserwerk Johannisthal einige Brunnen erneuert werden müssen. In Tegel habe man ebenfalls Probleme beseitigen müssen. Es habe technische Schwierigkeiten aufgrund von Schlingpflanzen und auch Ausfälle der Anlage gegeben.

**Katrin Vogel** (CDU) erinnert daran, dass im letzten Haushalt zum Wasserwerk Johannisthal vermerkt gewesen sei: Gewährleistung eines siedlungsverträglichen Wasserstandes. Warum sei dieser Hinweis entfallen?

**Dr. Monika Kehlbacher** (SenStadtUm) antwortet, dass das Wasserwerk Johannisthal in erster Linie wegen der Altlastensituation betrieben werde. Zudem diene es der Herstellung eines entsprechenden Grundwasserstands.

**Katrin Vogel** (CDU) regt an, den erwähnten Passus wieder in den Haushalt aufzunehmen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** bittet, darauf in der 2. Lesung zurückzukommen.

Die Frage der Grünen sei damit erledigt.

**Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässer-  
gütemaßnahmen im Bestand der Straßenregentwässerung –**

Frage Nr. 191, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Erläuterungen des IST von 2015.
2. Bitte um Benennung der geplanten Maßnahmen mit jeweiligen Kosten und Zeitplan (Welche Maßnahmen wurden eingereicht, welche Maßnahmen sollen finanziert werden, Wann soll über die Maßnahmen entschieden werden?).

Frage Nr. 192, Fraktion Die Linke

Inwieweit könnte eine Erhöhung des Ausgabebetitels den Schutz bzw. die Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer bzw. des Grundwassers erhöhen?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 191 und 192 werde ein Bericht erstellt.

**Kapitel 1281 – Fischereiamt –**

**Allgemein**

Frage Nr. 193, Piratenfraktion

Wie haben sich die Fischbestände im Land Berlin in den letzten Jahren entwickelt?

**Jens Puchmüller** (SenStadtUm) informiert, dass in den Berliner Gewässern derzeit 38 Fischarten nachgewiesen würden. Im Jahr 2003 seien es fünf weniger gewesen. Unter den hinzugekommenen befänden sich eine einheimische Art und vier nicht heimische Arten. Von den nachgewiesenen Fischarten gehörten 29 zur heimischen Fauna. Die vorkommenden nicht heimischen Fischarten seien aber prinzipiell rückläufig.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) bietet an, den Ausschussmitgliedern dazu eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, dass der Ausschuss dieses Angebot annehme.

Die Frage der Piraten sei damit erledigt.

## **Titel 11139 – Fischereiabgabe –**

### Frage Nr. 194, Piratenfraktion

Wir bitten um die Angabe der absoluten Zahlen der Berliner Anglerinnen und Angler.

Wie hoch ist der weibliche und der männliche Anteil?

Wie hoch ist der prozentuale Anstieg an Anglerinnen und Anglern von 2012 zu 2014?

Welche Auswirkungen hat der Anstieg auf die Berliner Fischbestände?

**Jens Puchmüller** (SenStadtUm) teilt mit, dass im Jahr 2014 23 104 Berliner über einen Anglereischein verfügt hätten. Das Geschlecht der Inhaber werde nicht statistisch erfasst, aber es gebe mehr männliche als weibliche.

Von 2012 bis 2014 sei die Zahl der Angler nur um 0,9 Prozent gestiegen. Auswirkungen auf die Fischbestände habe das nicht.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) fragt, wie sich der Gesamtfischbestand entwickelt habe.

**Jens Puchmüller** (SenStadtUm) merkt an, dass der Gesamtbestand zurückgegangen sei. Das sei aber nicht auf das Angeln zurückzuführen, sondern auf die verbesserte Gewässerqualität. Dadurch verringerten sich die Nährstoffe und damit auch die Massenfischarten, wie z. B. Barsche und Plötzen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) betont, dass diese Entwicklung keine ökologische Verschlechterung sei.

**Ellen Haußdörfer** (SPD) möchte wissen, wie sich das Interesse am Jugendfischereischein entwickelt habe.

**Jens Puchmüller** (SenStadtUm) konstatiert, dass die Inhaber eines Jugendfischereischeins seit 2004 deutlich weniger geworden seien.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

## **Titel 81179 – Fahrzeuge –**

### Frage Nr. 195, Piratenfraktion

Wie viele Fahrzeuge sind dem Fischereiamt nominell unterstellt? Um welche Fahrzeuge handelt es sich?

**Jens Puchmüller** (SenStadtUm) verweist darauf, dass dem Fischereiamt acht Fahrzeuge unterstellt seien: das Fischereiforschungsschiff Piscator, die Fischereiaufsichtsboote Wels und Hecht, drei Arbeitsboote und zwei Dienst-Kfz.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Kapitel 1290 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt  
– Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz –**

**Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren  
im Umweltschutz –**

Frage Nr. 196, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Erläuterung des IST von 2014 und 2015.
2. Bitte um Benennung der Anzahl der Gebührenzahler unter a) und b) sowie die Art der zu entrichtenden Gebühren mit Höhe der jeweiligen Einnahmen.

**Michael Thielke** (SenStadtUm) informiert, dass der Ansatz auf Schätzungen beruhe.

Im Jahr 2014 habe es 479 Gebührenzahler gegeben. Im laufenden Jahr seien es bis Ende August 322 gewesen. Zu a): 383 Gebührenzahler. Zu b): 472 Gebührenzahler.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –**

Frage Nr. 197, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Projekte mussten ihre Förderungen zurückzahlen und warum?

**Michael Thielke** (SenStadtUm) stellt fest, dass sich dieser Einnahmetitel auf die EU-Umweltförderung vor 2007 beziehe. Es gebe immer noch einige erfolgreiche Versuche, Rückzahlungen zu erzielen, wenn Mittel nicht sachgerecht oder gar nicht verwendet worden seien. Die Beträge verringerten sich vermutlich in den nächsten Jahren.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke  
(Förderperiode 2007-2013) –**

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke  
(Förderperiode 2014-2020) –**

Frage Nr. 198, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten (einschl. aller weiteren korrespondierenden FÖJ-Titel)

**Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke  
(Förderperiode 2007-2013) –**

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke  
(Förderperiode 2014-2020) –**

**Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke  
(Förderperiode 2014-2020) –**

Frage Nr. 199, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erläuterungen des IST 2015. Sind die Zahlungen noch nicht eingegangen?

**Michael Thielke** (SenStadtUm) informiert, dass hier die Einzahlungen der EU im Bereich der Umwelt- und Sozialförderung veranschlagt seien. Das Abrechnungsverfahren laufe über die Wirtschaftsverwaltung. Für 2015 sei noch keine Abrechnung erfolgt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland –**

Frage Nr. 200, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung, warum so hohe Restsumme in 2014; Welche Maßnahmen zur Lärminderung sind unter den budgetierten 300 T€ konkret geplant? Titel anhalten

Frage Nr. 201, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Benennung der Maßnahmen, mit Kostenansatz und Zeitraum bis zum Abschluss der Maßnahmen.

Frage Nr. 202, Fraktion Die Linke

Bitte um Darstellung, welche vordringlichen Maßnahmen durch die Ansätze finanziert und welche weiteren Maßnahmen mit dem vorliegenden Haushaltsplan 2016/2017 nicht ausfinanziert sind.

Frage Nr. 203, Piratenfraktion

Warum bleibt trotz erhöhtem Bau- und Verkehrsaufkommens der Ansatz für 2016/17 gleich?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 200 bis 203 werde ein Bericht erstellt.

## **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

### Frage Nr. 204, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Erläuterung des Mittelansatzes für die Fortschreibung der Abfallbilanz. Warum sind in 2016 abweichend nur 20.000 Euro vorgesehen (Turnus?)?

Sind auch Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen aus der Abfallbilanz vorgesehen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche und wann?

Bitte um Erläuterung des Mittelansatzes für Aktualisierung und Fortschreibung VwVBU: Reduzierung trotz notwendiger Aktualisierung und Zusatzaufwand durch erwartete Änderung des bundesdeutschen Vergaberechts 2016?

Bitte um Erläuterung der vorgesehenen starken Reduzierung des Mittelansatzes in Nr. 7.

Nr. 16: Warum Mittel für die Fortschreibung des Emissionskatasters für Luftschadstoffe für alle Quellgruppen nicht mehr vorgesehen - keine laufende Aufgabe?

Nr. 18: Bitte um Erläuterung, warum zwar Falluntersuchungen zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2011-2017 vorgesehen sind, aber nicht die Fortschreibung des Plans insgesamt. Diese müsste doch spätestens 2017 einsetzen?

Titel anhalten

### Frage Nr. 205, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Erläuterung des IST von 2014 und 2015.

2. Zu 7. und 8. Einzelfalluntersuchungen zu emissionsmindernden Maßnahmen:

Bitte um Benennung der emissionsmindernden Maßnahmen.

3. Zu 20. Erdgasfahrzeuge:

Bitte um Erläuterung der Maßnahme.

### Frage Nr. 206, Fraktion Die Linke

Zu 7. Warum Untersuchungen zu emissionsmindernden Maßnahmen Umsetzung des Luftreinhalteplans 2011 bis 2017 mit deutlich geringerem Ansatz als in 2015?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 204 bis 206 werde ein Bericht erstellt.

## **Titel 54053 – Veranstaltungen –**

### Frage Nr. 207, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterungen der Planungen zur Umweltministerkonferenz.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) führt aus, dass die Umweltministerkonferenz zweimal jährlich stattfindet. Den Vorsitz übernehme für jeweils ein Jahr ein Bundesland. So habe jedes Bundesland alle 16 Jahre relativ teure Veranstaltungen auszurichten. Die Kosten umfassten den Konferenzstandort, das Begleitprogramm, Transferdienste usw. Die Teilnehmer zahlten nur die Anreise und Übernachtung selbst.

**Silke Gebel** (GRÜNE) fragt, mit wie vielen Teilnehmern und Veranstaltungstagen zu rechnen sei.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) antwortet, dass die Umweltministerkonferenz mit einer Konferenz der Amtschefs – Staatssekretäre – gekoppelt sei. In der Regel träfen sich von Mittwoch bis Donnerstag die Amtschefs. Am Donnerstagnachmittag träfen die Minister ein, und am Freitag finde die eigentliche Umweltministerkonferenz statt.

Teilnehmer seien 16 Minister, 1 Bundesminister, die zuständigen Staatssekretäre – teilweise mehrere pro Bundesland –, die zuständigen Abteilungsleiter und eventuell noch weitere Fachmitarbeiter. Hinzu kämen die vom Veranstaltungsland vorzuhaltenden Kräfte für die Protokollierung und begleitende Arbeiten. Man könne von insgesamt ca. 80 Personen ausgehen.

**Marion Platta** (LINKE) möchte wissen, ob die Konferenz klimaneutral gestaltet werde.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erklärt, dass man sich grundsätzlich bemühe, die Veranstaltungen des Landes Berlin klimaneutral durchzuführen. Eine hundertprozentige Klimaneutralität könne nicht garantiert werden, zumal das die Kosten enorm erhöhen würde.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

## **Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –**

### Frage Nr. 208, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Schallschutzfensterprogramm:

Bitte um Erläuterung zur gestiegenen Inanspruchnahme des Schallschutzfensterprogramms. Ist die vorgesehene Aufstockung ausreichend? Wie viele Anträge mussten in den letzten Jahren aufgrund ausgeschöpfter Mittel abgewiesen werden?

Zu den Förderbedingungen: wird auch die Aufarbeitung von Holzkastenfenstern förderungsfähig sein? Liegt inzwischen der Nachweis vor, dass diese die Anforderungen ebenso einhalten wie Neufenster?

Titel anhalten

Frage Nr. 209, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Status des Schallschutzfensterprogramms inkl. Pauschalen für Lüftungsanlagen – reichen die geplanten Mittel angesichts steigender Lärmbelastungen aus? Bitte um Benennung der Anzahl der finanzierten Fenster sowie die Verteilung nach Bezirken.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 208 und 209 werde ein Bericht erstellt.

**Titel 54018 – Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –**

**Titel 54692 – Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –**

**Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –**

**Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –**

**Titel 68495 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –**

Frage Nr. 210, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Zahl der BewerberInnen und der TeilnehmerInnen in den letzten 5 Jahren entwickelt? Wie viele BewerberInnen mussten abgelehnt werden? Warum plant der Senat keinen Aufwuchs der Plätze? Ist eine Unterstützung der Träger (z.B. der Gartenarbeitsschulen) vorgesehen, die die 10%ige Beteiligung an den Kosten nicht selbst erbringen können?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) gibt zu bedenken, dass sich die Interessenten direkt bei den Trägern bewürben und teilweise Mehrfachbewerbungen abschickten. Insofern lägen keine genauen Bewerberzahlen vor.

Zusätzliche Plätze könnten einerseits nicht finanziert werden, da die Kofinanzierung wegfalle, andererseits müssten dafür geeignete Träger gefunden werden.

**Dr. Turgut Altug** (GRÜNE) interessiert, ob eine Unterstützung der Träger, z. B. der Gartenarbeitsschulen, vorgesehen sei, die die 10-prozentige Beteiligung an den Kosten nicht erbringen könnten. Würden die Migrantenselbstorganisationen darauf angesprochen, ob sie als FÖJ-Stelle agieren könnten?

**Daniel Buchholz** (SPD) erinnert daran, dass der Senat in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage mitgeteilt habe, dass die Plätze vierfach überbucht seien. Daraus schließe er, dass es doch Zahlen zum FÖJ gebe. Er bitte hierzu um einen Bericht zur 2. Lesung.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) schließt sich der Bitte um einen schriftlichen Bericht an.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.



**Titel 54018 – Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –**

Frage Nr. 211, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

**Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –**

Frage Nr. 212, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

**Titel 68495 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –**

Frage Nr. 213, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

**Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –**

Frage Nr. 214, Fraktion Die Linke

Siehe auch Titel 88304

Bitte um schriftl. Bericht zu bis heute finanzierten Maßnahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE), zu geplanten Maßnahmen

Frage Nr. 215, Piratenfraktion

Um welche technischen Hilfen handelt es sich hierbei?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) merkt an, dass es keine „bis heute finanzierten Maßnahmen“ gebe.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 214 und 215 werde ein Bericht erstellt.

**Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

**Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Umweltentlastungsprogramms II**

**Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

**Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Umweltentlastungsprogramms II**

Frage Nr. 216, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bitte um Benennung der bereits geförderten Projekte mit Kostenansatz und Projektlaufzeit, sowie Benennung der Förderlinie.
2. Bitte um Benennung der Anzahl der bereits eingegangenen Projektanträge mit Kostenansatz und Projektlaufzeit sowie Benennung der Förderlinie.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

Frage Nr. 217, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu bis heute finanzierten Maßnahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE), zu geplanten Maßnahmen

Frage Nr. 218, Piratenfraktion

Wie gestaltete sich der Übergang vom Umweltentlastungsprogramm II zum Programm BENE?

Wir bitten um eine Übersicht der geförderten Maßnahmen 2014/15 und der geplanten Maßnahmen 2016/17.

Wie ist die Absenkung im Jahr 2016 zu erklären, woher resultiert der starke Aufwuchs 2017?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 217 und 218 werde ein Bericht erstellt.

**Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**

Frage Nr. 219, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht zu bis heute finanzierten Maßnahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE), zu geplanten Maßnahmen.

Frage Nr. 220, Piratenfraktion

Wie gestaltete sich der Übergang vom Umweltentlastungsprogramm II zum Programm BENE? Wir bitten um eine Übersicht der geförderten Maßnahmen 2014/15 und der geplanten Maßnahmen 2016/17.

Wie ist der Aufwuchs 2017 zu erklären?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 219 und 220 werde ein Bericht erstellt.

## **Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Umweltentlastungsprogramms II**

### Frage Nr. 221, Piratenfraktion

Welche Unternehmen wurden in 2014/15 bezuschusst?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

## **Kapitel 1291 – Klimaschutz und Energie**

### **Titel 54010 – Dienstleistungen –**

#### Frage Nr. 222, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um schriftl. Bericht zu Nr. 2: Sanierungsfahrplan mit Zeitangaben für alle Gebäude (Zeit- und Maßnahmenplanung); Titel anhalten.

#### Frage Nr. 223, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist die Datenlage zu den öffentl. Gebäuden, gibt es bereits eine systematische Begehung und Erfassung hinsichtlich der Sanierungsbedarfe? Inwieweit ist der Ansatz in Tz. 2. ausreichend für die Erstellung von dringend benötigten Sanierungsfahrplänen, wenn allein für die ca. 3,5 Mio. m<sup>2</sup> an bezirklichen Schulen ca. 4,2 Mio. € für Kurzgutachten im Rahmen der Sanierungs-Bedarfserhebung notwendig sind (lt. Erfahrungen aus der Erhebung von 100.000 m<sup>2</sup> Schulflächen in Steglitz)? Inwieweit ist die Erstellung eines Masterplanes nach Tz. 3. überhaupt realistisch, wenn noch nicht mal die Sanierungsbedarfe der öffentl. Gebäude ausreichend erfasst sind?

#### Frage Nr. 224, Fraktion Die Linke

Punkt 2: Auf welcher Basis wurden die Kosten für die Erstellung von Sanierungsfahrplänen für landeseigene Gebäude veranschlagt? Wie hoch sind die auf der Basis der Erfahrungen mit bisherigen energetischen Sanierungen geschätzten Gesamtkosten der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude Berlins sowie der Anteil der energetischen Sanierung an den gesamten Sanierungskosten?

Punkt 6: Welche Ziele verfolgt der Senat mit der Einführung eines webbasierten Informationssystems „Energieatlas“? Bitte die Konzeption darstellen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) stellt fest, dass zur 2. Lesung kein Sanierungsfahrplan vorgelegt werden könne. Wenn beschlossen werde, dass im Energiewendegesetz ein solcher vorgesehen sei und dies auch im BEK aufgenommen werde, werde er erstellt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, zu den lfd. Nrn. 222 bis 224 werde ein Bericht erstellt.

## **Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt –**

### Frage Nr. 225, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Nr. 3: Warum wurden Ansätze für Wettbewerb Klimaschulen im Vgl. zu 2015 reduziert?

Titel anhalten

### Frage Nr. 226, Fraktion Die Linke

Punkt 3: Wettbewerb Berliner Klimaschulen: Warum wird der alte Ansatz von 2015 in 2016 und 2017 mehr als halbiert? Worin begründet sich diese einschneidende Kürzung?

Punkt 1 und 2: Welche Projekte wurden bis heute finanziert und was ist geplant?

**Lothar Stock** (SenStadt) informiert, dass alle Maßnahmen, die zuwendungsbezogen seien und sich im Bildungsbereiche befänden, in diesem Titel zusammengefasst worden seien. Deshalb ergäben sich Veränderungen gegenüber der früheren Veranschlagung im Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –. Die Ansätze für den Wettbewerb Klimaschutz an Schulen seien reduziert worden, weil sie im Zusammenhang mit der Förderung der GASAG auskömmlich seien.

Im laufenden Jahr sei ein Teil der 60 000 Euro zur Finanzierung anderer notleidender Maßnahmen verwendet worden. Diese Mittel fehlten jetzt zwar, aber der Wettbewerb sei ausfinanziert, und es könnten ebenso viele Schulen teilnehmen wie bisher.

Bei den Projekten im Bereich Klimaschutz an Kitas und an Schulen handele es sich um die bewährten, die auch in den vergangenen Jahren durchgeführt worden seien.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Fragen 225 und 226 damit erledigt seien.

## **Titel 54103 – Energiespar-Marketing –**

### Frage Nr. 227, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht, warum Ansätze reduziert wurden.

### Frage Nr. 228, Fraktion Die Linke

Wie wird künftig die Fortschreibung und Pflege des Solaranlagenkatasters gewährleistet bzw. finanziert?

Frage Nr. 229, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Status der national und international bekannten und in den vergangenen Jahren überaus erfolgreich umgesetzten Berliner Energiesparpartnerschaften (Anzahl Gebäude, Einsparungen an Energiekosten und CO<sub>2</sub>-Emissionen, Höhe der mit privater Finanzierung realisierten Energiespar-Investitionen), bei denen private Unternehmen das wirtschaftliche und technische Risiko von Energiesparmaßnahmen (ESP) übernehmen? Welche Ressourcen standen bzw. stehen in 2014, 2015 und geplant 2016 und 2017 für die Entwicklung und Betreuung derartiger Projekte zur Verfügung? Wie begründet der Senat die Mittelreduzierung in Tz. 2. von 50.000 € auf nur noch 10.000 € angesichts notwendiger Projektentwicklungskosten von ca. 20 – 30.000 € pro ESP-Gebäudepool bis zur Vergabe - werden derartige Projekte nicht mehr als zielführend angesehen und wenn ja, warum? Oder soll das neue BAFA-Förderprogramm für Projektentwicklung in Anspruch genommen werden, welches aber nicht für die Länder gilt?

**Lothar Stock** (SenStadt) konstatiert, dass die Ansätze für das Energiesparmarketing entsprechend der Nachfrage reduziert worden seien. Seit Jahren gehe die Zahl derjenigen, die sich für Energiesparpartnerschaften interessierten, zurück.

Das Solaranlagenkataster werde im Bereich des Energieatlasses im Titel 54010 – Dienstleistungen – finanziert.

**Michael Schäfer** (GRÜNE) fragt, ob im kommenden Doppelhaushalt mit maximal einem ESP-Pool gerechnet werde.

**Lothar Stock** (SenStadt) informiert, dass die Mittel voraussichtlich ausreichen. Entwicklele sich die Situation anders, werde man im Rahmen der Haushaltswirtschaft eine Lösung finden müssen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Fragen 227 bis 229 damit erledigt seien.

**Titel 68201 – Zuschüsse an LHO-Betriebe –**

**Titel 68217 – Zuschuss an die Berliner Stadtwerke –**

**Titel 68218 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Berlin Energie GmbH –**

**Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas –**

**Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin-Energie –**

**Titel 68227 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Strom –**

Frage Nr. 230, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um übergreifenden schriftl. Bericht

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68201 – Zuschüsse an LHO-Betriebe –**

**Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas –**

**Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin-Energie –**

**Titel 68227 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Strom –**

**Titel 83166 – Erwerb von Beteiligungen an sonstigen Unternehmen**

Frage Nr. 231, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Status und die Planung bzgl. Neuvergabe der Berliner Gas- und Stromnetzkonzessionen auch angesichts der jüngsten Gerichtsurteile? Warum richtet der Senat ein Zuschuss-System mit insgesamt 11 Mio. € pro Jahr für einen wie auch immer rechtlich aufgestellten Betrieb Berlin-Energie ein? Sollte es doch noch zu einer oder mehreren Netzübernahmen durch Berlin-Energie kommen, reichen dann die erforderlichen Mittel aus oder in welcher Höhe müsste eine entsprechende Kapitalausstattung durch wen erfolgen?

Was will der Senat konkret unternehmen, um eine aussichtsreiche Bewerbung um die Stromnetzkonzession abgeben zu können?

Wofür sind die bisher in 2014 und 2015 eingeplanten Zuschüsse an Berlin-Energie von ca. 6 Mio. € verwendet worden (Bitte um detaillierte Auflistung inklusive externer Dienstleistungen, die hier vergeben wurden mit genauem Auftrag und Auftragnehmern)? Wie hoch ist das Gehalt des Geschäftsführers von Berlin Energie?

**Michael Schäfer** (GRÜNE) fragt, nach welchen Kriterien bei Berlin-Energie Beraterverträgen vergeben würden, wer darüber entscheide und wer die Fachaufsicht habe.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erklärt, dass für den LHO-Betrieb die Landeshaushaltsordnung gelte. Die Fachaufsicht werde von SenStadtUm ausgeübt. Der Aufsichtführende sei er selbst. Dienstleistungen seien nach den üblichen Vergaberegeln vergeben worden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68201 – Zuschüsse an LHO-Betriebe –**

Frage Nr. 232, Fraktion Die Linke

Anhalten

**Titel 68217 – Zuschuss an die Berliner Stadtwerke –**

Frage Nr. 233, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie ist der Status der Betriebsverluste der BSW und inwieweit ist die Deckung dieser durch die einschließlich 2015 zur Verfügung stehenden Landeszuschüsse realistisch? Wie sieht der Senat die Entwicklung zukünftiger Verluste der BSW angesichts sinkender Einnahmemöglichkeiten infolge Novellierung von EEG und der geplanten Novellierung des KWKG?

Wie wurden die Mittel aus dem letzten Doppelhaushalt vom Stadtwerk konkret verwendet (mit bitte um Aufschlüsselung nach Projekten)?

Welche konkreten Vorhaben soll das Stadtwerk im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts umsetzen?

Wo überschneiden sich Aufgaben des Stadtwerks mit denen der BEA?

Aus welchem Grund liegt die Fachaufsicht bei SenWiFoTech, der Haushaltstitel jedoch bei SenStadt und der Aufsichtsratsvorsitz bei SenFin? Wie sind die Abstimmungsprozesse? Hält der Senat diese Struktur für förderlich?

Frage Nr. 234, Fraktion Die Linke

Inwiefern ist es vertretbar, dass Verluste künftig fortgeschrieben und laut mittelfristiger Finanzplanung der BSW bis 2020 nicht mehr durch Zuschüsse des Landes ausgeglichen werden?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68218 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Berlin Energie GmbH –**

Frage Nr. 235, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum hat der Senat Berlin Energie nicht in eine GmbH überführt, obwohl der Haushaltsgesetzgeber es im Haushaltsplan vorgesehen hat?

Wie wären nach Ansicht des Senats die Urteile im Konzessionsrechtsstreit Gas ausgefallen, wenn der Senat die Gründung einer GmbH angestrengt hätte?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68223 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas –**

Frage Nr. 236, Fraktion Die Linke

Geht der Senat davon aus, dass sich das Gasnetzverfahren bis 2017 hinziehen wird?  
Aus welchen Gründen?

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68224 – Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin-Energie –**

Frage Nr. 237, Fraktion Die Linke

Anhalten

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68227 – Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Strom –**

Frage Nr. 238, Fraktion Die Linke

Bitte um schriftl. Bericht

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass hierzu berichtet werde.

**Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –**

Frage Nr. 239, Fraktion Die Linke

Punkt 3: Was ist geplant? Worin begründet sich Mehrausstattung?

Punkt 4. Veranstaltung Klimaschutz in Schulen (neu): Warum ist der Punkt mit so geringen Mittel ausgestattet und was kann dafür veranstaltet werden (Umfang, Adressatenkreis, Teilnehmerzahl)?

**Lothar Stock** (SenStadt) erläutert, dass die Mehrausstattung für die Berliner Schüleruni auf den Rückzug von Sponsoren zurückzuführen sei. Zudem nehme das Interesse von Schulen zur Teilnahme an dieser Veranstaltung stetig zu. Des Weiteren sei beabsichtigt, die Altersklassen der Teilnehmer auszuweiten.

Aus dem Ansatz „Veranstaltung Klimaschutz in Schulen“ solle insbesondere eine Qualifikationsmaßnahme für Lehrer finanziert werden, die an ihren Schulen Klimaschutzprojekte durchführen wollten. Mit den veranschlagten 5 000 Euro könnten 50 bis 70 Lehrkräfte qualifiziert werden, wobei die Betreffenden einen Teilnehmerbeitrag zahlten.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.



## **Einzelplan 27**

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide** stellt fest, dass dieser Einzelplan im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr erörtert werde.

### **Kapitel 1291 – Klimaschutz und Energie –**

#### **Bezirkliche Verkehrsplanung**

Frage Nr. 240, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

#### **Titel 72004 – Umgestaltung von Stadtplätzen –**

Frage Nr. 241, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Auflistung

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.